

Ein Dossier von Brot für die Welt und MISEREOR
in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Baustellen einer Postwachstumsagenda

Nachhaltige und gerechte Entwicklung ohne Wachstumszwänge

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Brot
für die Welt

Wiederaufbau nach dem
Erdbeben in Haiti, einem der
ärmsten Länder der Welt.

Foto: Florian Kopp / Misereor





Dr. Bernd Bornhorst
ist Leiter der Abteilung Politik und
Globale Zukunftsfragen von Misereor.



Dr. Klaus Seitz
ist Leiter der Abteilung Politik
von Brot für die Welt.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vor Jahrzehnten hatte der Club of Rome eindringlich vor den „Grenzen des Wachstums“ gewarnt. Doch noch immer gilt wirtschaftliches Wachstum als Allheilmittel für gesellschaftliche Probleme: Die Überwindung des Hungers und der Armut, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, die Sicherung des sozialen Friedens wie auch die Möglichkeit einer engagierten Umweltpolitik scheinen undenkbar ohne ein strammes quantitatives Wachstum der Wirtschaft.

Dabei ist nicht zu übersehen, dass das große Wohlstandsversprechen bis heute nicht eingelöst wurde. Eine wachsende Weltwirtschaft hat mehr Reichtum als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte hervorgebracht – von „Wohlstand für alle“ kann aber keine Rede sein. Noch immer müssen Hunderte Millionen von Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen leben. Zugleich zeigt sich, dass eine dem Wachstumszwang unterworfenen Ökonomie mehr und mehr ihre eigenen ökologischen und sozialen Grundlagen untergräbt. Da hilft es auch nicht, den Wachstumswahn mit dem Etikett eines „grünen“ Wachstums adeln zu wollen.

Ist ökonomisches Wachstum alternativlos? Die Beiträge dieses Dossiers, das im Anschluss an die Internationale Degrowth-Konferenz 2014 entstanden ist, zeigen Alternativen auf. Dabei kommen die kritischen Stimmen, die nach neuen Wegen jenseits des Wachstums fragen, nicht nur aus den scheinbar saturierten Gesellschaften des Nordens. Auch in den Ländern des Südens, ganz besonders in manchen sogenannten Schwellenländern, wird intensiv über eine Postwachstumsagenda diskutiert. Dabei liegt auf der Hand, dass die Wege in eine andere, lebensdienliche Form des Wirtschaftens je nach Kontext ganz unterschiedlich ausfallen werden.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre

Bernd Bornhorst Klaus Seitz

- 3 Projekt Postwachstumsgesellschaft**
Ecksteine der Debatte über ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel
Georg Stoll und Stefan Tuschen
- 6 Abschied vom Wachstumsmodell**
Die Enquete-Kommission zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“
Hermann Ott
- 8 Zweifel ohne praktische Folgen**
Deutsche Parteien nehmen die Wachstumskritik auf, setzen sie aber nicht in Politik um
Caspar Dohmen
- 10 Rahmenbedingungen für nachhaltigen Wettbewerb**
Der ökologische, soziale und kulturelle Raubbau ist ohne veränderte Spielregeln nicht aufzuhalten
Johannes Hoffmann
- 13 Sozial-ökologische Transformation aus gewerkschaftlicher Sicht**
Der Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft muss von der Bevölkerung getragen werden
Norbert Reuter
- 16 Solidarische Ökonomie trifft Postwachstum**
Wachsende Solidarität als Basis einer anderen Ökonomie
Dagmar Embshoff und Lioba Kucharczak
- 18 Unsinn oder Notwendigkeit?**
Wachstumsrücknahme in Ländern des Globalen Südens
Alberto Acosta
- 21 Nachzügler im Konsumdelirium**
Indonesiens Mittelschichten und ihre Vorbilder
Bernard Herry-Priyono
- 24 „Degrowth heißt vor allem, globale Gerechtigkeit zu ermöglichen“**
Interview mit Nina Treu, Koordinatorin der Degrowth-Konferenz 2014
- 26 Bewegungen für den Wandel**

Projekt Postwachstumsgesellschaft

Ecksteine der Debatte über ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel

Foto: Maksim Samasiuk / Fotolia



| Georg Stoll und Stefan Tuschen

Bei niedriger Arbeitslosigkeit und niedrigen Benzinpreisen über Postwachstum nachdenken zu wollen, kann befremden. Doch die Suche nach Wegen aus der Wachstumsabhängigkeit unserer Ökonomie, Politik und Zivilisation zielt auf eine tiefere Ebene als die wechselnder Konjunkturzyklen. Am Horizont scheinen neue Modelle und Ansätze des Wirtschaftens auf. Auf dem Weg dahin sind allerdings Baustellen abzuarbeiten – und manche davon sind Großbaustellen.

Ein Produkt steht besonders für die Wachstumsideologie: das Auto. „Deutsche Autos gefragt wie nie“ lautet die Titelzeile eines Zeitungsartikels Anfang Januar. Ob Audi, BMW, Porsche, Mercedes-Benz oder VW: Alle haben sie zugelegt, vor allem in den USA und in China, das „trotz dezenter Hinweise auf Abkühlung als Wachstumstreiber erhalten bleibt“, wie es in dem Beitrag heißt. Das ist auch nötig, erfährt der Leser aus einem anderen Artikel, denn drei Viertel der in Deutschland produzierten Autos gehen in den Export. Nur noch gut eine Million privater Neuwagen wurde 2014 in Deutschland selbst zugelassen – „ein neues Rekord-Tief“, das freilich durch gut zwei Millionen zusätzlicher Dienst- und Gewerbefahrzeuge in ein Gesamtplus von

drei Prozent verwandelt wurde. Und welche Typen sind besonders gefragt? 540.000 Stadt-Geländewagen (SUV) wurden im vergangenen Jahr in Deutschland neu erworben (zum Vergleich die Zahl der Elektrofahrzeuge: 15.000). Ihr Marktanteil liegt inzwischen bei 18 Prozent. Für das Jahr 2020 gehen Schätzungen von mehr als einem Drittel SUV-Anteil aus. Der Zeitungsbeitrag, der diese Zahlen bringt, zitiert auch einen ungenannten VW-Manager: „Die Welt will SUV, dann bekommt sie eben SUV.“

Nun will die Bundesregierung bis zu diesem Jahr (2020) aber auch die CO₂-Emissionen in Deutschland um 40 Prozent unter das Niveau von 1990 gesenkt haben. Deshalb, so erfährt der Zeitungsleser, plant der Verkehrsminister die gezielte Förderung von Elektromobilität und Carsharing, etwa durch reser-



Dossier 9-2011
In den Grenzen von morgen.
Für ein neues Verhältnis von Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Umwelt.

Das Dossier ist im pdf-Format unter www.misereor.de/themen/wirtschaft-fuer-die-armen.html verfügbar. Die Druckfassung kann kostenlos bestellt werden über pgz@misereor.de oder bei Misereor, Sekretariat PGZ, Mozartstraße 9, 52064 Aachen.

vierte Parkflächen. Ersteres fordert auch der Verband der Automobilindustrie VDA, letzteres der Bundesverband Carsharing. Eher aus Nebensätzen erfährt man, dass gut drei Viertel der Carsharing-Kunden das Mobilitätsangebot zusätzlich zu ihren Privatfahrzeugen nutzen, die sie behalten. Und dass Unternehmensberatungen ohnehin langfristig damit rechnen, dass statt einem zwei Fahrzeuge genutzt werden: das kleine E-Mobil für die Stadt und das SUV „für die Ausfahrt mit der Familie am Wochenende“.

Die Rück- und Ausblicke wären nicht komplett ohne das Thema Arbeitsplätze. Die guten Verkaufszahlen der Automobilindustrie, so ein Bericht in der FAZ am 10. Januar, haben dafür gesorgt, dass heute 784.200 Menschen in der Stammebelegschaft ihrer deutschen Fabriken tätig sind. Das sind 23.400 mehr als im Vorjahr. Gleich danach erfährt der Leser von den Sorgen der Branche: steigende Energiekosten, steigende Lohnstückkosten, Mindestlohn und Rente mit 63. All dies belasten den „Produktionsstandort Deutschland“.

Ähnliche Schlagzeilen und Artikel lassen sich auch aus anderen Branchen anführen. In der Vielfalt all dieser Stimmen werden einige Grundmelodien erkennbar, die deutlich machen, wo wir in Deutschland in Hinblick auf die öffentliche Wahrnehmung von Wachstum und Postwachstum stehen.

1. Wirtschaftswachstum bleibt in der veröffentlichten (sic!) Meinung der unangefochtene Erfolgsindikator für Politik und Wirtschaft. Nicht nur, dass die zahlreichen Bemühungen um ergänzende und alternative Indikatoren in der Kommunikation von Politik und Unternehmen in der Praxis keine Rolle spielen. Auch das Wachstum von Umsätzen, Gewinnen, Verkaufszahlen oder auf nationaler Ebene des Bruttoinlandsprodukts wird nicht hinterfragt oder relativiert. Mitunter mag dieses Wachstum mit Adjektiven ergänzt werden wie inklusives, grünes oder (besonders tückisch, weil mehrdeutig) nachhaltiges Wachstum. Die Frage, ob die allgegenwärtige Forderung nach Wachstum im Widerspruch zu anderen gesellschaftlichen Zielen wie dem Schutz der Mitwelt oder einem sozialen Ausgleich zwischen Arm und Reich geraten kann und wie dann zu verfahren wäre, wird höchstens hin und wieder im Feuilleton gestellt.

2. Es gibt zwar politische Initiativen und Institutionen, die sich kritisch mit schädlichen ökologischen und sozialen Auswirkungen einer einseitig wachstumsorientierten Wirtschaft(spolitik) auseinandersetzen. Doch kaum jemand, der oder die sich in Regierungsverantwortung befindet, geht so weit, die „Zumutung“ eines Verzichts auf Wachstum oder gar einer Schrumpfung in einzelnen Wirtschaftsbereichen zum Wohle von Menschen künftiger Generationen oder anderer Länder ins Auge zu fassen (siehe den Beitrag von Caspar Dohmen in diesem Heft). Die vorgeschlagenen politischen Maßnahmen laufen in aller Regel auf das Versprechen hinaus, Konflikte zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit in Win-Win-Situationen aufzulösen. Diese windigen Versprechen stehen und fallen jedoch mit der Frage, ob es gelingen kann, das Wirtschaftswachstum in ausreichendem Umfang (!) vom Ressourcen- und Umweltverbrauch abzukoppeln – und zwar nicht nur als technische Möglichkeit, sondern in der harten ökonomischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat diese Frage in der vergangenen Legislaturperiode verneint (siehe den Beitrag von Hermann Ott).

3. Die Zahl der Beschäftigten in Erwerbsarbeit spielt eine zentrale Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung. Sie wird fast immer als vom Wirtschaftswachstum abhängig dargestellt und unter dem Stichwort „Standort Deutschland“ als Druckmittel verwendet, um möglichst unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen einzufordern. Dass die freilich nicht automatisch zu mehr und qualitativ guter bezahlter Arbeit führen, ist eine Erfahrung, die besonders die Gewerkschaften seit langem machen. Das Bild wird noch komplexer, wenn man Aspekte wie Arbeitsmigration, prekäre Arbeitsverhältnisse oder den enormen Umfang unbezahlt geleisteter Haus- und Pflegearbeit betrachtet. Wie Arbeit in einer Gesellschaft ohne Wachstumszwänge gestaltet werden kann, dürfte eine der größten Baustellen einer Postwachstumsökonomie sein (siehe den Beitrag von Norbert Reuter).

4. Ohne Konsum läuft die Produktion ins Leere. Deshalb läuten bei den Herstellern die Alarmglocken, wenn die Abnahmebereit-

...tions of India 12

Zindagi mein thoda
aaye mutual fund ke saath
investment ke saath

We all look for little more in life! A bigger car, an exotic vacation, gadgets... Give your hard earned money that extra edge to achieve more. Invest in Mutual Funds. With benefits of professional management, transparency, liquidity, low cost, diversification and more, you are just away from thoda aur sukhi!

Know More about Mutual Funds Online or Consult Your Investment Advisor

“PMF” TO 56161 | 1800 425 5600

Mutual Fund investments are subject to market risk. Please read all scheme related documents.

schaft für ihre Produkte nachlässt – und sei es auf noch so hohem Niveau. Dann werden verzweifelt neue Produkte für gesättigte Märkte und neue Märkte für bestehende Produkte gesucht. Ein solides ideologisches Fundament erhält diese Produzenten-Konsumenten-Beziehung durch die Aufwertung der „Konsumentensouveränität“ zur zentralen Ausdrucksform der individuellen Freiheit: „Die Welt will SUV, dann bekommt sie eben SUV.“ Dass „die Welt“ kaufwilliger Kunden sich derzeit durch die Mittelschichten der Schwellenländer nicht nur verschiebt, sondern zugleich erheblich vergrößert, ist für diese ebenso wie natürlich für die Anbieter eine frohe Botschaft (siehe den Beitrag von Bernard Herry-Priyono). Die weniger frohe Botschaft von den Auswirkungen dieser Entwicklung auf das globale Ökosystem gilt da schnell als Missgunst oder ökodiktatorische Zumutung.

5. Alternative Ansätze und Initiativen haben es in dieser Konstellation von expandieren-

den Unternehmen, Konsumlust und Furcht vor Unsicherheit und Arbeitsplatzverlust nicht leicht. Es gibt sie zwar in zunehmender Zahl und an immer mehr Orten (siehe das Interview mit Nina Treu sowie den Beitrag von Dagmar Embshoff und Lioba Kucharczak). Doch wie groß ihr Veränderungspotenzial tatsächlich ist, ist noch offen. Wenn sie es schaffen, jenseits der wichtigen, aber zahlenmäßig doch begrenzten Gruppen von Pionieren des Wandels wahrgenommen zu werden, droht ihnen leicht die Integration in die vorherrschende Wachstumsdynamik: Carsharing beispielsweise wird dann für viele nicht zur Alternative, sondern zur Zusatzoption zum eigenen Fahrzeug

6. Beim Thema Wirtschaftswachstum stehen nicht etwa die globalen Dimensionen der sozialen und ökologischen Begleiterscheinungen im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung, sondern der internationale Wettbewerb. Daran ändern auch die Katastrophen und Skandale wenig, die hin und wieder unbequeme Einblicke in die Schattenseiten der globalisierten Produktionsmaschinerie gewähren – und bald wieder vergessen sind. Menschen anderer Länder interessieren in dieser Logik als billige Arbeitskräfte und potenzielle Konsumenten. Dieser eingeschränkte Blick, diese Distanzierung ermöglicht es, sich Wettbewerbsvorteile dadurch zu sichern, dass Kosten auf Menschen in anderen Regionen oder späteren Generationen abgewälzt werden. Mehr noch: Die bestehende Wettbewerbsordnung übt sogar einen Druck in diese Richtung aus (siehe den Beitrag von Johannes Hoffmann). Allerdings spüren die Menschen in früh industrialisierten Ländern wie Deutschland, dass sie nicht mehr nur die privilegierten Subjekte, sondern zunehmend auch Objekte und Opfer in diesem Globalisierungsprozess sind oder werden können.

Unmittelbar nach der Finanzkrise von 2008 hieß es oft, die Finanzmärkte hätten der Realwirtschaft zu dienen und die Wirtschaft hätte den Menschen zu dienen. Die Verhältnisse wieder in diesem so einfachen wie plausiblen Sinne gerade zu rücken, ist das Ziel des Umbauprojekts Postwachstumsgesellschaft. | |

Wenn Deutschland nachhaltig wäre ...

- ... würden Hauptstraßen Fahrradwege sein;
- ... wäre der innere Schweinehund überwunden;
- ... wäre H&M ein Second-Hand-Laden;
- ... gäb's Mangold statt Mango;
- ... hätten wir ein globales Verständnis gewonnen;
- ... würde man gerne den Fleischkonsum reduzieren;
- ... wäre Netto ein Gemüsebeet.



Foto: Anna Steinmayer / Misereor

Gut zwanzig junge Erwachsene, die als „Weltwärts“-Freiwillige in Asien, Afrika und Lateinamerika gearbeitet hatten, kamen Ende Oktober 2014 in Aachen zu einem Erfahrungsaustausch zusammen. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen stellten sie sich auch die Frage, welche Folgen globale Nachhaltigkeit für unser Leben in Deutschland hätte. Die spontanen Stichwörter eines Brainstormings zeigen, wo überall Veränderungen anstehen: in Wirtschaft und Politik ebenso wie im privaten Konsum und den gesellschaftlichen Wertvorstellungen. | |



Dr. Georg Stoll
ist Referent für Politik und Globale Zukunftsfragen bei Misereor.



Stefan Tuschen
ist Referent für Politik und globale Zukunftsfragen bei Misereor. Zuvor war er Referent für sozial-ökologische Transformation bei Brot für die Welt.

2-09-2014
aur sukh
nazdar
Wir alle wünschen uns ein bisschen mehr – ein größeres Auto, einen exotischen Urlaub, die neuesten technischen Spielereien...“
Werbung eines Investmentunternehmens in der Times of India.
Principal Mutual Funds
www.principalindia.com

Abschied vom Wachstumsmodell

Die Enquete-Kommission zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat die Orientierung am Wirtschaftswachstum verworfen

| Hermann Ott

Der Deutsche Bundestag setzte 2011 eine Enquete-Kommission zum Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ein. Ihr Abschlussbericht spiegelt einen erstaunlich breiten Konsens darüber, dass die Steigerung des Bruttosozialprodukts kein politisches Ziel sein sollte.

Eine Enquete-Kommission ist eine Art Untersuchungskommission des Parlaments, nur dass sie keine Skandale und Affären untersucht, sondern Sachfragen erörtert. Eine der berühmtesten und erfolgreichsten Kommissionen war die erste Klima-Enquete. Deren 1990 vorgelegter Bericht hat die Klimapolitik Deutschlands in den letzten 25 Jahren entscheidend geprägt. Die Besonderheit einer Enquete: Sie besteht zur Hälfte aus Abgeordneten des Bundestages und zur anderen Hälfte aus Sachverständigen, die von den Parteien ernannt werden. Sachverständige Bürgerinnen und Bürger wirken also gleichberechtigt an einem Bericht des Bundestages mit.

Die Initiative für die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ging von den Grünen aus, die in ihren Anfängen von der ersten Wachstumsdebatte (Dennis Meadows und andere: „Die Grenzen des Wachstums“, 1972) geprägt worden waren. Ihr Motiv war vor allem, die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Wachstum und dem globalen Ressourcenverbrauch zu durchleuchten. Sie befürchteten, dass Umwelt- und Klimaschutz nicht nachhaltig sein könnte, wenn wir unsere Art zu wirtschaften nicht hinterfragen. Zudem hatte die Weltfinanzkrise 2008/2009 gelehrt, dass auch Systeme, die wir als stabil einschätzen, in höchstem Maße krisenanfällig sein können. Und dass sich die vielfältigen Krisenerscheinungen unserer Zeit – aus den Fugen geratenes Finanzsystem, Klimawandel, Ressourcenknappheit, globale Ernährungs- und Gesundheitskrise – gegenseitig unkontrollierbar hochschaukeln können.

Die Kommission, die ihre Arbeit 2013 beendet hat, gliederte sich in fünf Projektgruppen: Die erste sollte die Grundannahmen und Konzepte des Wachstums erforschen, die zweite ein verbessertes Indikatorensystem für „Wohlstand“ entwickeln, die dritte (der der Autor dieses Artikels vorsah) die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch untersuchen. Die vierte befasste sich mit „Ordnungspolitik“ am Beispiel der Finanz- und Chemiebranche und die fünfte mit den Themenkomplexen „Arbeit, Konsum und Lebensstile“. Die fünf Gruppen hatten sehr unterschiedliche Arbeitsweisen, vor allem was das Ausmaß der Kooperation zwischen Regierungsfractionen und Opposition betraf. Deshalb ist es schwer, von „den Ergebnissen“ der Kommission zu berichten: Manche Erkenntnisse wurden im Konsens aller Beteiligten errungen, manche mit wechselnden Mehrheiten und manche Ergebnisse streng zwischen Regierung und Opposition getrennt erarbeitet.

Das verdeutlicht schon, dass der Schlussbericht der Kommission zum Teil streitig erarbeitet worden ist – was seine Wirkung leider schmälert. Deshalb soll hier vor allem über die übereinstimmenden Ergebnisse berichtet werden. Dazu zählt auch, dass man sich einig war, die offenen Forschungsfragen zu identifizieren, die nun am Ende vieler Kapitel aufgelistet sind. Damit ist im Grunde ein Forschungsprogramm zum Themenkomplex wirtschaftliches Wachstum und Wohlergehen skizziert.

Überraschende Übereinstimmung gab es zur Kernfrage „Wie hältst Du's mit dem Wachstum?“. Zwar haben einige Mitglieder der Enquete alles getan, um den traditionellen Wachstumsfetischismus auch im Bericht zu verankern, aber im gemeinsam getragenen Wortlaut des Berichts ist die Absage an das Politikziel „Wirtschaftswachstum“ eindeutig festgehalten: „Das zentrale Ziel der Politik ist ... der Wohlstand aller Bürgerinnen und Bürger. Wirtschaftliches Wachstum dagegen ist kein politisches Ziel.“ Die Opposition geht im Bericht noch einen Schritt weiter: „Daher muss an die Stelle der Wachstumsabhängigkeit der Gesellschaften die politische Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung treten, die auch zum Vorbild für Entwicklungsländer werden kann. Wachstum kann das Ergebnis



Foto: Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

einer gewünschten Entwicklung sein, aber nicht ein Ziel an sich.“ Viele Mitglieder der Enquete haben erkannt, dass die Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nur ein Handeln auf der symbolischen Ebene ist. Es ist deshalb unsinnig, mehr Wachstum zu fordern, so wie es genauso unsinnig wäre, weniger Wachstum zu fordern.

| Die symbolische Ebene verlassen

Erfolgreich wird eine Politik der Versöhnung zwischen Mensch und Umwelt nur dann sein, wenn die symbolische Ebene verlassen wird und die eigentlichen politischen Ziele in den Blick genommen werden – in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Bildungs- und Umweltpolitik. Dazu gehört die absolute Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Denn auch hier gab es Konsens. In der Analyse zum Thema „Entkopplung von Wirtschaften und Ressourcenverbrauch“ kam die Projektgruppe 3 zu folgenden Ergebnissen:

- Die ökologischen Grenzen unseres Planeten sind die Grenzen unseres Handelns.
- Diese ökologischen Grenzen sind vielfach überschritten (Klima, Biodiversität, Stickstoffkreislauf) und in anderen ökologischen Systemen bedroht.



Anhörung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ zur Zukunft der Arbeit. Im Bild, von links nach rechts: Michael Hüther vom Institut der Deutschen Wirtschaft, die Wirtschaftswissenschaftlerin Adelheid Biesecker, die Vorsitzende der Kommission, Daniela Kolbe, und die Sozialökologin Marina Fischer-Kowalski.



Foto: Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim, Melde

- Um diese Grenzen einzuhalten, wird es nötig sein, in vielen Bereichen den Ressourcenverbrauch global absolut zu senken.
- Dies ist schwierig, weil es viele Rückkopplungseffekte (Rebound) gibt: Die Effizienzgewinne durch neue Technologien werden durch ein verändertes Nutzerverhalten teilweise wieder aufgehoben (Beispiele: Energiesparlampen werden häufig länger brennen gelassen. Autos werden effizienter, aber der Verbrauch bleibt gleich, weil sie schwerer und schneller werden).
- Deshalb haben rein technologische Strategien keinen Erfolg – sie müssen begleitet sein von politischen und kulturellen Innovationen.

Das sind ziemlich weit reichende Erkenntnisse, auf die sich so unterschiedliche Akteure wie die Liberalen der FDP und die Partei Die Linke geeinigt haben. Die Erkenntnisse zum Thema Rebound bedeuten in letzter Konsequenz, dass wir bei Verbesserungen der Effizienz und der Treibhausgasbilanz immer das gesamte System im Auge haben müssen. Ein von der Enquete-Kommission in Auftrag gegebenes Gutachten empfiehlt zur Bekämpfung dieser Rebound-Effekte drei direkt wirksame Maßnahmen: Erstens müssen umwelt-

schädliche Subventionen (in Deutschland pro Jahr etwa 50 Milliarden Euro!) gestrichen werden; zweitens müssen Energie- und Ressourcensteuern in viel höherem Maße genutzt werden; und drittens müssen feste Obergrenzen (caps) für den Verbrauch von Ressourcen oder den Ausstoß von Abfallstoffen – wie zum Beispiel Treibhausgasen – gesetzt werden.

Was haben diese Erkenntnisse für Konsequenzen für die Eine-Welt-Politik? Zunächst muss angemerkt werden, dass der Großteil des Berichts sich nur auf Deutschland bezieht und die globale Ebene nicht im Blick hat. Eine Ausnahme ist die Projektgruppe 3, die notwendigerweise die globalen Ressourcenströme betrachtet hat. Ihre Erkenntnis, dass in manchen Bereichen der Ressourcenverbrauch oder der Ausstoß von Schadstoffen auf globaler Ebene, also weltweit zurückgehen muss, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Nord-Süd-Kooperation.

Das ist im Kern das Problem der Klimaverhandlungen: Wenn das Restbudget für den Ausstoß an Treibhausgasen begrenzt ist, muss dieses Restbudget fair verteilt werden. Das bedeutet: Wir Industrieländer müssen unsere Emissionen in einem Maße und so schnell senken, dass Entwicklungsländer ihre für eine Weile noch steigern können.

Ähnlich bei knappen Ressourcen: Die begrenzte Verfügbarkeit wirtschaftlich nutzbarer Rohstoffe erfordert eine Politik der fairen Umverteilung. Die traditionellen Industriestaaten müssen ihren Verbrauch überproportional verringern, um den später industrialisierten Staaten den Raum zu geben, sich zu entwickeln.

Fazit: Der Planet Erde als begrenzter Raum erlaubt kein unbegrenztes Wachstum der Wirtschaft, falls dies mit ähnlich wachsendem Ressourcenverbrauch einhergeht. Dies ist nach den bisherigen Erfahrungen der Fall. Das Ende des traditionellen Wachstumsparadigmas erfordert deshalb eine aktive Politik der Fairness, des Umverteilens, des sozialen Ausgleichs im globalen Maßstab. Es ist deshalb höchste Zeit, dass sich alle Akteure im Bereich der Entwicklungspolitik aus Nord und Süd dieses Themas annehmen und es zum Kernbereich ihrer Arbeit machen. Ähnlich wie die innerstaatlichen sozialen Bewegungen und Einrichtungen nicht mehr darauf hoffen dürfen, dass auch die Habenichtse mehr haben, wenn alle mehr haben, so ist es fahrlässig, von einem traditionellen Entwicklungsbegriff ausgehend anzunehmen, dass „die Flut alle Boote hebt“. Alle müssen sich klar darüber sein, dass die reichen Staaten sich entweder selbst begrenzen und Raum für die später Gekommenen schaffen – oder die „zu spät Gekommenen das Leben bestraft“. Die Zeit der Win-Win-Illusionen ist vorbei. | |

Literatur

Deutscher Bundestag

Schlussbericht der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“,

BT-Drucksache 17/13300, online unter:

<http://tinyurl.com/nkoskyz>



Dr. Hermann E. Ott

ist Senior Advisor im Berliner Büro des Wuppertal Instituts. Er war von 2009 bis 2013 Mitglied des Bundestages und er war in der Enquete-Kommission.

Zweifel ohne praktische Folgen

Deutsche Parteien nehmen die Wachstumskritik auf, setzen sie aber nicht in Politik um



Foto: Karl-Ludwig Poggemann, quapan (CC BY 2.0)

Bundestagswahl 2013: Die Grünen gingen mit der Botschaft in den Wahlkampf, Deutschland sei erneuerbar, die SPD warb mit der Vision eines Landes, in dem Wohlstand und Zukunftschancen fair verteilt sind.

| Caspar Dohmen

In Wissenschaft und Publizistik werden Stimmen laut, die das Wachstumsparadigma in unserem Wirtschaftssystem in Frage stellen. Die Folgen des Wachstums sind auch quer durch die Parteien Thema. Im Politikalltag aber spielen Konzepte für eine Postwachstumsgesellschaft kaum eine Rolle.

Zwar reden Politiker regelmäßig über die schädlichen Folgen eines grenzenlosen Wachstums und warnen vor gefährlichen Nebenwirkungen wie einer Überfischung der Meere, dem Verlust der Artenvielfalt oder dem Klimawandel. Aber wenn es um die Lösung von drängenden Problemen wie Staatsschulden, Arbeitslosigkeit oder Alterung der Bevölkerung geht, kennen die gleichen Politiker regelmäßig nur ein Rezept: mehr Wachstum. Nur jenseits der Tagesaktualität beschäftigen sie sich mit Fragen rund um eine

Gesellschaft, die mit weniger oder keinem Wachstum auskäme.

Hier gab es in den letzten Jahren ein Umdenken auf breiter Front. Es zeigt sich vor allem in den Bemühungen, den Maßstab für Wohlstand neu zu fassen. Wirtschaftliches Wachstum sei „kein politisches Ziel“, heißt es im 2013 vorgelegten Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Deren Mitglieder waren sich parteiübergreifend einig, dass das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Indikator für den Wohlstandszuwachs einer Gesellschaft zu kurz greift. An seine Stelle treten soll eine Art Index, der eine Vielzahl von Aspekten bündelt – ob Soziales/Teilhabe, gemessen anhand von Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Freiheit, oder Ökologie, gemessen mit den Indikatoren Treibhausgase, Stickstoff und Artenvielfalt. CDU/CSU und SPD griffen diese Idee auch in ihrem Koalitionsvertrag auf. Hier ist die Rede von einem verständlichen, regelmäßig zu aktualisierenden Indikatoren- und Berichtssystem über die Lebensqualität in Deutschland.

Verfechter einer Postwachstumsgesellschaft wie der Ökonom Niko Paech halten es für notwendig, dass die Menschen vor allem in den Industrieländern ihren Lebensstil ändern und künftig mit wesentlich Weniger auskommen. Von Genügsamkeit oder Suffizienz ist die Rede. Dieses Leitbild spielt in der praktischen Politik bislang allenfalls am Rande eine Rolle. Die Aussöhnung von Ökonomie und Ökologie verspricht man sich hier vor allem von grünen Innovationen im Rahmen eines „Green New Deal“. Der Begriff lehnt sich an den sogenannten New Deal von US-Präsident Franklin D. Roosevelt mit seinen umfassenden Sozial- und Wirtschaftsreformen an, eine Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit in den 1930er Jahren. Von Green New Deal sprachen erstmals Ende der 1980er Jahre Intellektuelle in den USA. Aufgegriffen wurde die Idee bald von anderen wie dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP. Mit „grünen“ Industrien sollen gleichzeitig die Wirtschaft angekurbelt, neue Jobs geschaffen und der Klimawandel gebremst werden.

Eine wichtige Rolle spielen hier dezentrale Produktions- und Energiekonzepte. „Was wir brauchen, sind bahnbrechende Veränderungen – und die Bereitschaft, ohne Zwischenschritte direkt fundamental neue Technologien und Ansätze zu wagen“, hieß es in einem Strategiepapier der Heinrich-Böll-Stiftung und des Worldwatch Institute zum Green New Deal. Zu dem Zeitpunkt der Veröffentlichung 2009 lag die Weltwirtschaft infolge der Finanzkrise darnieder. Die Hoffnung der Autoren, dass die Regierungen der EU und der USA staatliche Konjunkturpakete in großem Stil für einen Green New Deal nutzen könnten, erfüllte sich indes nicht. Stattdessen kurbelte beispielsweise die Bundesregierung die Old Economy an, mittels Abwrackprämie für Autos.

| Green New Deal und Green Economy

Neben groß angelegten grünen Investitionsprogrammen halten „Die Grünen“ auch neue Formen der solidarischen Ökonomie für zukunftsweisend. Langfristig sei es notwendig, die Wachstumsabhängigkeit der Wirtschaft zu vermindern. „Wir brauchen eine sozial-ökologische Transformation, durch die unser kohlenstoffbasiertes Wirtschaftssystem zu einer ressourcenschonenden Nachhaltigkeitsökonomie umgebaut wird“, hieß es in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl. Märkte müssten verstärkt reguliert und ökologischen und sozialen Standards unterstellt werden.

Auch die SPD setzt auf eine Green Economy, von der sich die Partei auch eine Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland verspricht. Damit verbunden ist die Hoffnung, Wirtschaftswachstum von Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Gelänge dies – was bisher nicht der Fall ist –, wäre dies zumindest eine Lösung für das drängende Ressourcenproblem.

Die Sozialdemokraten haben Impulse vom Denkwerk Demokratie aufgegriffen, einem Think Tank, in dem Politiker aus dem rot-grünen Spektrum und Gewerkschaften wie die IG Metall und IG Bergbau und Chemie vertreten sind. Dazu zählt die Idee von einem neuen „magischen Viereck“, an dem sich die Wirtschaftspolitik künftig ausrichten soll. Im 1967 geschaffenen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz stehen die Ziele Preisniveaustabilität, ho-



Bundestagswahl 2013: Die CDU hatte sich Wachstum auf ihre Fahnen geschrieben.

Foto: Stefan Sauer/dpa

her Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum. Zwei Generationen später wollen SPD-Politiker dies nun durch ein Stabilitäts- und Wohlfahrtsgesetz ersetzen mit den Dimensionen staatliche, wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Allerdings versteht sich die SPD weiterhin vor allem als klassische Industriepartei, was zurzeit wieder ihre Kohlepolitik belegt. Von der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation, die die SPD in der Enquete-Kommission noch mit gefordert hatte, war beispielsweise in ihrem Wahlprogramm keine Rede mehr.

Die Linken sehen sich als Partei des sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft. Sie streben einen demokratischen, freiheitlichen, ökologischen, lustvollen Sozialismus an. „Die drohende Klimakatastrophe, die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe und die beschleunigte Vernichtung der biologischen Vielfalt einerseits und die Spaltung der Gesellschaften in Gewinner und Verlierer einer neoliberalen Globalisierung, in ausufernden Luxuskonsum und wachsenden Hunger andererseits sind zwei Seiten einer Medaille. Die soziale und die ökologische Frage können nur gemeinsam gelöst werden“, heißt es in ihrem Parteiprogramm. Dort finden sich einige Aspekte, die in Konzepten einer Postwachstumsgesellschaft eine Rolle spielen, wie die Fokussierung auf regionale Wirtschaftskreisläufe oder eine demokratische Auseinandersetzung darüber, was für eine Wirtschaft für Mensch und Natur verträglich ist. Der pro-

grammatische Anspruch der Linken ist groß, allerdings gab es auch noch keine Gelegenheit auf Bundesebene für den Praxistest.

Der konservative Ökonom Meinard Miegel geht davon aus, dass das Wachstum in Regionen wie der Europäischen Union künftig nur noch gering sein wird oder sogar ganz ausbleiben könnte, selbst bei großen Anstrengungen. Ungeachtet solcher Stimmen ist laut den Zukunftskonzepten von CDU/CSU wirtschaftliches Wachstum notwendig, beispielsweise um neue Jobs zu schaffen, die soziale Sicherung zu gewährleisten oder die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Die Partei spricht jedoch von der Notwendigkeit eines nachhaltigen Wachstums der Wirtschaft. Ihre Vorschläge zu dessen Umsetzung sind allerdings stark marktwirtschaftlich und sehr technisch. Zum Beispiel setzt sie große Hoffnung auf das Instrument des CO₂-Zertifikatehandels in der EU. Wegen eines Überangebots der Zertifikate funktioniert das System jedoch nur sehr dürftig. Wer durch die Programme der beiden Schwesterparteien blättert, findet dort auch keine nennenswerten Anhaltspunkte für eine Postwachstumsgesellschaft.

Fazit: In den Parteien spielt die Vision einer Gesellschaft mit deutlich weniger oder ohne Wirtschaftswachstum bislang kaum eine Rolle. Dabei verlangt das Ausmaß der Bedrohungen eine kollektive politische Antwort. | |



Caspar Dohmen
ist Wirtschaftsjournalist und Buchautor, zuletzt erschien „Otto Moralverbraucher“.

Rahmenbedingungen für nachhaltigen

Der ökologische, soziale und kulturelle Raubbau ist ohne veränderte Spielregeln nicht aufzuhalten

| Johannes Hoffmann

Märkte können nur so gut sein wie die Regeln, die für sie gelten. Die derzeitigen Rahmenbedingungen unserer Weltwirtschaft sind darauf ausgerichtet, dass die Interessen des Geldkapitals vorrangig bedient werden. Das Naturkapital und das Sozialkapital als weitere Produktionsmittel, also die Umwelt und der Mensch, werden demgegenüber vernachlässigt. In einer Marktwirtschaft, die diesen Namen verdient, müssten alle drei Produktionsmittel – Natur, Arbeit und (Geld-)Kapital – den gleichen Rang haben.

In unserem Wirtschaftssystem sind alle ökonomischen Aktivitäten vorrangig auf das Wachstum des Geldkapitals ausgerichtet. Um Gewinne zu maximieren, darf auf das Naturkapital und das Sozialkapital, also auf die ökologischen, sozialen und kulturellen Gemeingüter, als kostenlose Ressourcen zugegriffen werden, ohne dafür Ersatz zu leisten. Dies wird als Externalisierung von Kosten und Abwälzung dieser Kosten auf die Natur und die Gesellschaft bezeichnet.

20 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio de Janeiro überschreitet der ökologische Fußabdruck der Menschheit von Jahr zu Jahr die globale Biokapazität immer schneller. Nach Berechnung der UNEP-Finanz-Initiative von 2011 entsprachen 2008 die externalisierten Umweltkosten weltweit rund 6600 Milliarden US-Dollar – rund elf Prozent des globalen Bruttonettoproduktes. Externalisierung führt dazu, dass die Grenzen ökologischer Regenerationsfähigkeit überschritten werden und die ökologische Widerstandsfähigkeit ausgezehrt wird; sie vernichtet die Vielfalt des Lebens, schädigt die naturgegebene Fruchtbarkeit und zerstört Gemeingüter. Sie sägt also im Grunde den Ast ab, auf dem auch die Wirtschaft sitzt.

Beim Sozialkapital sieht es nicht besser aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Regierungen der westlichen Welt den Bürge-

rinnen und Bürgern anlässlich des Wiederaufbaus zugesagt: Wir werden stets eure Löhne an die Entwicklung der Arbeitsproduktivität anpassen und euch in gerechter Weise an deren Wachstum, also an den Gewinnen aus steigender Produktivität, beteiligen. Diese Zusage wurde Ende der 1970er Jahre stillschweigend gekündigt. Von da an gehen die Entwicklungen auseinander: Während die Reallöhne bis 2010 fast gleich blieben, stieg die Produktivität um mehr als das Doppelte. Der Produktivitätsgewinn wanderte in Richtung der großen Geldvermögen.

Wenn nicht das Geld, sondern der Mensch und die Schöpfung zentrale Ziele wären, dann wären die hohen Einkommen im Wachstum zurückgeblieben, die niedrigen Einkommen wären stärker gewachsen. Bei gleichbleibenden Einkünften hätten die Menschen mehr Zeit für Familie und Freunde, für Kreativität und Kunst, für soziale Arbeit und soziales Engagement, für Gemeinschaftswerte, für die Erhaltung und Pflege der Gemeingüter, kurz: für ein gutes Leben.

Offensichtlich haben wir es im Konzept einer sozialen und ökologischen Marktwirt-

Foto: AFNR / Shutterstock



Raubbau an Gemeingütern: Die Savanne des brasilianischen Cerrado musste Sojafeldern weichen, damit in den Industrieländern Schweine, Rinder und Hühner gemästet werden können.

Wettbewerb

schaft nicht ausreichend geschafft, zwischen Wettbewerb und Solidarität, zwischen Marktwirtschaft und Sozial- und Ökosystem zu vermitteln. Wir leben im westlichen „Wohlfühlkapitalismus ... in einer Externalisierungsgesellschaft, die im Modus der Ausbeutung funktioniert“, wie es Stefan Lessenich 2014 in einem Beitrag in der Süddeutschen Zeitung formuliert hat.

Für die Änderung der Rahmenbedingungen ist es aber noch nicht zu spät. Dazu muss vor allem das Wettbewerbsrecht geändert werden. Denn dieses erlaubt es, Kosten auf

Gemeingüter abzuwälzen, weil im derzeitigen Wettbewerbsrecht keine Nachhaltigkeitsziele berücksichtigt sind. Es steht also in prinzipiellem Gegensatz zum Gebot des Substanzerhalts. Um welche Dimensionen es dabei geht, kann das Beispiel Mobilität verdeutlichen: Hier hat das Forschungsinstitut INFRAS schon für das Jahr 2005 die Summe der externen Verkehrskosten in Deutschland auf über 80 Milliarden Euro beziffert. Diese Kosten entstehen etwa durch Unfälle oder Umweltschäden. Sie werden von den Verkehrsnutzern verursacht, nicht aber von diesen selbst getragen. Allerdings wäre es falsch, allein den Konsumenten den Schwarzen Peter zuzuschieben. Denn, wie Caspar Dohmen in seinem Buch „Otto Moralverbraucher“ (2014) treffend bemerkt: „Die große Macht der Verbraucher propagieren gerne diejenigen, die eine politische Regulierung verhindern möchten.“

| Konsequenzen für die Eigentums- und Wettbewerbsordnung

Der Raubbau an den Gemeingütern schreitet unaufhaltsam voran, solange er nicht durch Gesetzesinitiativen verhindert wird, die den Schutz des externalisierenden Wettbewerbs beenden. Anders wird es nicht zu nachhaltiger Entwicklung kommen. Der entscheidende Schlüssel dafür lautet: Kosteneinsparung zu Lasten von Gemeingütern muss als unlauterer Wettbewerb gesetzlich sanktioniert werden. Das entspricht auch dem Verfassungsauftrag, die Sozialpflichtigkeit des Ei-

gentums zu verwirklichen. Im Deutschen Grundgesetz ist der Gesetzgeber aufgefordert, den Gebrauch des Privateigentums so zu regeln, dass er zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dient. Eine ähnliche Forderung findet sich auch in der Europäischen Grundrechtecharta, die zudem auf den Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung verweist.

Diesem Gebot kommt der Gesetzgeber am ehesten nach, wenn er Regeln erlässt, deren Einhaltung von der Allgemeinheit selbst überwacht und gegebenenfalls eingeklagt werden kann – von geschädigten Einzelnen, von den betroffenen Wettbewerbern, aber auch (mit dem Instrument der Verbandsklage) von Institutionen der Zivilgesellschaft.

Die Forschungsgruppe Ethisch-Ökologisches Rating (FG EÖR – www.ethisch-oekologisches-rating.org), die maßgeblich zur Entwicklung und Förderung des ethischen Investments in Deutschland beigetragen hat, hat konkrete Vorschläge für Gesetzesänderungen erarbeitet (siehe Kasten).

| Unlauterer Wettbewerb

Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) soll verhindern, dass Unternehmen ihre Kunden durch vorgespiegelte eigene Leistungen für sich gewinnen. Ein durch Schädigung von Gemeingütern erreichter Vorsprung ist in diesem Sinn nicht weniger unlauter – und dem Allgemeinwohl sogar noch abträglicher – als Täuschung durch irreführende Werbung oder Ausnutzung von Unerfahrenheit. Wenn Externalisierung als unlauter gilt, können Mitbewerber zuwider handelnde Unternehmen – etwa mit Hilfe der Zentralstelle zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs – verklagen.

Denn Konkurrenten, die Kosten aufwenden, um Schädigung von Gemeingütern zu vermeiden, fühlen sich zu Recht benachteiligt, weil das externalisierende Unternehmen die Produkte zu niedrigeren Preisen oder mit höherer Qualität anbieten kann – den Kunden aber vorspiegelt, dass sein Kosten- oder Qualitätsvorsprung auf besserer Marktleistung beruht. Raubbau an Gemeingütern darf keinesfalls weiter als Marktleistung gewertet werden; das würde die Marktwirtschaft diskreditieren. Deshalb müssen auch zivilgesell-



Foto: U.S. Department of Agriculture (CC BY 2.0)

schaftliche Organisationen Unternehmen im Rahmen der Verbandsklage auf Unterlassung verklagen können.

| Korrekte Kartelle

Flankierend sollten Vereinbarungen zwischen Unternehmen, die einander zusichern, von ihnen bisher abgewälzte Kosten zu tragen, vom Kartellverbot ausgenommen werden.

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen soll Gewinnsteigerungen durch Ausschaltung von Preisunter- und Qualitätsüberbietung verhindern. Ein Beispiel: Ein Friseurladen beschäftigt Angestellte sehr niedrig, sodass sie, um hinreichend Geld zum Leben

zu haben, mit Hartz IV aufstocken müssen. Aufgrund dieser Tatsache kann der Geschäftsinhaber Dienstleistungen billiger anbieten als der Friseurladen in der gleichen Straße, der seinen Angestellten einen angemessenen Lohn zahlt. Die Preisunterbietung kommt also nur durch die Nutzung öffentlicher Mittel zustande und beruht nicht etwa auf einer besseren Qualität. Das Gesetz nimmt aber Verabredungen zur Verbesserung der Produktion beziehungsweise des Angebots vom Kartellverbot aus. Eine Ausnahme muss deshalb auch für Verabredungen gelten, externalisierte Kosten künftig selbst zu tragen (siehe Kas-

ten). Die genannten Vorschläge widersprechen nicht dem Geist der bestehenden Gesetze. Sie wollen Lücken schließen, um diesem Geist auch angesichts des unverantwortlichen Raubbaus an Gemeingütern zur Geltung zu verhelfen. Entsprechende Änderungen wären auch in anderen Rechtsbereichen, etwa dem Aktien-, Kreditwesen- oder Investmentgesetz durchzuführen.

| Chancen der Realisierung

Die Forschungsgruppe Ethisch-Ökologisches Rating hat mit nichtstaatlichen Organisationen, Vertretern von Umweltverbänden, Unternehmen und Managern, leitenden Funktionären großer Gewerkschaften und Abgeordneten des Bundestages sowie des Europarates über ihre Vorschläge diskutiert. Fast einmütig war stets die Zustimmung zur Notwendigkeit von Rahmenbedingungen, die den ökologischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Substanzerhalt für uns und künftige Generationen sichern helfen. Allerdings waren auch fast alle der Ansicht, dass Deutschland diese Gesetze nicht im Alleingang beschließen könnte. Einige empfahlen, wir sollten unsere Vorschläge auf der Basis von Freiwilligkeit machen.

Gutachten eines Fachanwaltsbüros in Genf und eines Experten in Deutschland haben bescheinigt, dass die Vorschläge mit dem EU-Recht und den Regeln der Welthandelsorganisation WTO vereinbar sind. Damit wird es darauf ankommen, hinreichend öffentlichen Druck zu erzeugen, der es den Politikern in den Parlamenten ermöglicht, das Wettbewerbs- und Eigentumsrecht fit für die vorgeschlagenen Nachhaltigkeitsziele zu machen: Die ökologische, soziale, ökonomische und kulturelle Substanz für uns und künftige Generationen muss gesichert und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben in der Schöpfung und in Gemeinschaft ermöglicht werden. ||



Prof. Dr. Johannes Hoffmann ist emeritierter Professor für Moralthologie, Sozialethik und Wirtschaftsethik sowie Leiter der Forschungsgruppe Ethisch-Ökologisches Rating.

Vorschläge für Gesetzesänderungen

Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) garantiert zwar die beliebige Verfügung über das Privateigentum (Paragraph 903), stellt diese aber zugleich unter den Vorbehalt, „soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen“. Dieser Vorbehalt sollte so ausgeweitet werden, dass der Eigentümer die Kriterien der Natur- und Sozialverträglichkeit beachten muss.

Paragraph 903 BGB könnte dann etwa folgendermaßen gefasst werden: „Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz, Rechte Dritter oder zwingende Erfordernisse des Schutzes der natürlichen Gemeingüter oder der Volksgesundheit entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.“

Externalisierung sollte zudem in die verbotenen Wettbewerbshandlungen nach Paragraph 3-4 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) aufgenommen werden. Ein neuer Absatz 12 in Paragraph 4 sollte bestimmen, dass auch derjenige unlauter im Sinne von Paragraph 3 handelt, der sich durch Abwälzung von Kosten auf Umwelt und Gesellschaft Vorteile gegenüber Mitbewerbern verschafft. Paragraph 4 UWG

könnte entsprechend wie folgt ergänzt werden: „Unlauter im Sinne von Paragraph 3 handelt (und deshalb auch von einem Wettbewerber auf Unterlassung in Anspruch genommen werden kann) insbesondere, wer ... sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil verschafft, dass er ‚zwingende‘ (oder auch anerkannte) Erfordernisse des Schutzes der natürlichen Gemeingüter oder der Volksgesundheit missachtet.“

Paragraph 7 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) – und Artikel 81 (3) des EU-Vertrags analog dazu – sollte etwa wie folgt ergänzt werden: „Vereinbarungen und Beschlüsse, in denen sich Unternehmen zusichern, dass sie im Interesse der nachhaltigen Entwicklung Kosten aufwenden werden, um zur Erhaltung oder Wiederherstellung oder Substitution eines bei der Produktion oder dem Vertrieb genutzten Gemeinguts (zum Beispiel Rohstoff, Boden- oder Luftqualität, Klima, Fischbestand, Artenvielfalt) beizutragen, können auf Vorschlag des Bundesumweltministeriums vom Verbot des Paragraph 1 für begrenzte Zeit freigestellt werden.“ ||

Sozial-ökologische Transformation aus gewerkschaftlicher Sicht

Der Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft muss von der Bevölkerung getragen werden

| Norbert Reuter

Die Beantwortung der Frage „Wie hältst Du es mit dem Wachstum?“ entscheidet nicht selten darüber, ob jemand als Mitkämpfer oder Gegner des notwendigen Wandels wahrgenommen wird. Die Gewerkschaften haben es schwer, als Mitakteur einer sozial-ökologischen Transformation akzeptiert zu werden, gelten sie doch gemeinhin als ebenso unkritische wie mächtige Befürworter wirtschaftlichen Wachstums. Dabei kann Wachstum genauso wenig wie Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Ziel oder gar Beleg einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftspolitik sein.

Nach Angaben des Living Planet Report 2012 des WWF benötigt die Menschheit, wenn sie so weiterlebt wie bisher, bereits im Jahr 2030 zwei Planeten, um den Bedarf an Nahrung,

Wasser und Energie zu decken. Bis zum Jahr 2050 wären es sogar fast drei. Da die Hauptverursacher, die fortgeschrittenen Industrieländer, feststehen, fordern viele ein ökologisches Gesundshrumpfen. Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis etwa halten in einer Veröffentlichung des attac-Netzwerks von 2011 einen Rückgang des BIP in den Industrieländern um 25 Prozent für notwendig.

Ein solcher Rückgang – der ein über viele Jahre dauerndes „Negativwachstum“ erfordern würde – wäre jedoch mit erheblichen ökonomischen und sozialen Problemen verbunden, die gerade die breite Bevölkerung, die auf Arbeits- oder Transfereinkommen angewiesen ist, zu Verlierern einer sozial-ökologischen Transformation zu machen drohen. Diese kann nur gelingen, wenn sie von der Bevölkerung akzeptiert und getragen wird. Deshalb müssen unterschiedliche ökologische, ökonomische und soziale Anforderungen berücksichtigt, Konflikte erkannt und kontraproduktive Auswirkungen in den einzelnen Bereichen soweit wie möglich verhindert werden.

Die möglichen Folgen eines schrumpfenden Bruttoinlandsprodukts sind derzeit in

Südeuropa zu besichtigen. In diesen Ländern sank das BIP infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 deutlich. In Griechenland ging es zwischen den Jahren 2008 und 2013 um rund 25 Prozent zurück, also in jenem Ausmaß, das von Schmelzer und Passadakis als ökologisch wünschenswert beschrieben wurde.

Ob hiermit Griechenland nun die ökologischen Grenzen einhält, ist nicht bekannt. Möglicherweise hat sich die Umweltbelastung sogar erhöht, etwa weil statt mit (teurem) Heizöl mit (billigerem) Holz geheizt wird. Bekannt sind jedoch die desaströsen ökonomischen und sozialen Folgen: Die Arbeitslosigkeit stieg dramatisch an, der Sozialstaat wurde massiv beschnitten. Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Situation wurden notwendige staatliche wie private Investitionen stark zurückgefahren. Damit droht nicht nur ein weiterer Verfall der Infra-

Gewerkschaftsvertreter aus Deutschland und Lateinamerika debattieren im Dezember 2014 über alternative Entwicklungsmodelle.
Links im Bild: Norbert Reuter.

Foto: Jens Schücke



struktur. Wegen fehlender Investitionen verharrt die Wirtschaft auf niedrigem Niveau bei hoher Arbeitslosigkeit. Dadurch steigt wiederum der Druck auf Löhne und Sozialtransfers, so dass die Nachfrage schwach bleibt oder sogar weiter sinkt. Die ökonomischen Funktionsbedingungen sind schwer gestört, ein anhaltender Teufelskreislauf aus steigender Arbeitslosigkeit, sinkender Nachfrage und niedrigen Investitionen droht.

| Die soziale Herausforderung

Offensichtlich spitzen sich in schrumpfenden Ökonomien soziale Probleme drastisch zu. Die Erfahrung zeigt sogar, dass bereits der beständige Rückgang der Wachstumsraten, der seit mehreren Dekaden alle reifen Industrieländer kennzeichnet, soziale Spaltungstendenzen vorantreibt. Aktuelle Studien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der internationalen Hilfsorganisation Oxfam zeigen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich heute in den meisten OECD-Ländern so groß ist wie seit 30 Jahren nicht mehr.

In Deutschland betrug das reale, also inflationsbereinigte Wachstum in den 1960er Jahren noch durchschnittlich knapp vier Prozent pro Jahr. Dekade für Dekade hat dieser Wert abgenommen. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts lag das Wachstum des BIP nur noch bei durchschnittlich 0,7 Prozent pro Jahr. Damit fiel es unter den Produktivitätsfortschritt: Wegen der höheren Leistungsfähigkeit der Beschäftigten wurde insgesamt weniger Arbeit gebraucht. Da nicht mit einer kontinuierlichen kollektiven Verkürzung der Arbeitszeit auf diese Entwicklung reagiert wurde, verloren mehr und mehr Menschen ihren Arbeitsplatz. Massenarbeitslosigkeit breitete sich aus.

Diese Situation hat sich bis heute nicht grundlegend verändert. Aufgrund der Zunahme verschiedener Formen von prekärer Arbeit (wie Leiharbeit, Minijobs, Ein-Euro-Jobs, Scheinselbstständigkeit) sind zwar so viele Menschen wie nie zuvor in Deutschland erwerbstätig. Im Wesentlichen wurde ein sinkendes Arbeitsvolumen jedoch lediglich auf mehr Köpfe verteilt. Während das gesamte Arbeitsvolumen, also die geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen, im Zeitraum 2000 bis 2014 nur minimal um nicht einmal ein Pro-

Foto: Spaceshore (CC BY 2.0)



zent anstieg, nahm die Zahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum um knapp sieben Prozent zu. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass Ende 2014 die tatsächliche Arbeitslosigkeit beziehungsweise die Unterbeschäftigung (einschließlich der „Stillen Reserve“) immer noch bei rund 4,6 Millionen liegt.

Mit den sinkenden Wachstumsraten ist eine zunehmende Spaltung bei Einkommen und Vermögen einhergegangen. Dieser Befund verweist auf die enormen verteilungspolitischen Anforderungen, denen sich Staat und Gesellschaft bei einem Rückgang der Wirtschaftsleistung stellen müssten, wenn bereits niedrige Wachstumsraten mit derart negativen gesellschaftlichen Entwicklungen verbunden sind. Da aber sowohl die Einkommen wie insbesondere die Vermögen insgesamt weiter gestiegen sind und Deutschland zu den reichsten Ländern der Welt gehört, zeigen sich hier gleichwohl die Bedeutung wie die Möglichkeiten der Umverteilung von Einkommen und Vermögen im Rahmen einer Postwachstumsökonomie.

| Entwicklung statt Wachstum

Trotz aller Debatten über Grenzen und Sinn des Wachstums herrscht in Politik und Ökonomie nach wie vor eine wachstumsoptimistische Haltung vor. Bislang ist es nicht gelungen, eine gesellschaftliche Debatte über die inhaltliche Bestimmung von Wohlstand zu führen, geschweige denn Dimensionen von Wohlstand ohne höheres Wachstum aufzuzeigen. Über Jahrzehnte sinkende Wachstumsraten bei zunehmenden Umwelt-, Verteilungs-, Sinn- und Wohlstandsproblemen machen es jedoch zwingend notwendig, den Blick auf (qualitative) Entwicklung statt auf (quantitatives) Wachstum zu richten. Eine Orientierung auf unqualifiziertes Wachstum des BIP greift als Ziel genauso zu kurz wie die auf bloße Schrumpfung.

Sobald es nicht mehr um eindimensionales Wachsen oder Schrumpfen, sondern um die Steigerung von Wohlstand geht, müssen die Bedingungen einer solchen Entwicklung im Rahmen eines demokratischen Prozesses aufgezeigt werden („Welche Gesellschaft wollen wir?“). Auf unterschiedlichen Ebenen lassen sich Elemente einer sozial-ökologischen Transformation wie folgt benennen.

Armut in Griechenland: Auf einem leeren Marktplatz in Chania, Kreta, versucht ein Junge mit Straßenmusik Geld zu verdienen.

| Die betriebliche Ebene

Auf betrieblicher Ebene gilt es, dem wachstumstreibenden „schlechten“ Produktivitätsfortschritt durch Schutzmaßnahmen gegen zunehmenden Leistungsdruck und wachsende Arbeitsintensivierung Einhalt zu gebieten. Dazu bedarf es klarer Regelungen zur Trennung von Arbeitszeit und Freizeit, zur Verhinderung von Überstunden, zum notwendigen Personalbedarf, zu Weiterbildungsmöglichkeiten und zur Gesundheitsvorsorge. Die enorme Umverteilung von den Arbeits- zu den Gewinneinkommen seit 2000 eröffnet zudem Möglichkeiten, die Arbeit durch kollektive Arbeitszeitverkürzung auf mehr Köpfe zu verteilen. Denn ohne die Umverteilung bei den Einkommen hätten die Beschäftigten 2014 rund elf Tage mehr Urlaub machen können – bei gleichem Einkommen. In diesen elf Tagen haben sie faktisch nur zur Steigerung der Gewinne beigetragen.

Mit steigendem Einkommensniveau eröffnen sich zudem Spielräume, den individuellen Wohlstand (im Sinne von Wohlergehen) kontinuierlich durch weniger Arbeitszeit statt durch höhere Einkommen zu steigern. Dazu könnten im Rahmen von Tarifverhandlungen individuelle Wahlmöglichkeiten zwischen Arbeitszeitverkürzung und höheren Einkommen vereinbart werden. Gleichzeitig müsste allerdings ein Personalausgleich verbindlich festgelegt werden, damit tarifliche Arbeitszeitverkürzungen auch mit entsprechenden Arbeitsverkürzungen statt Arbeitsverdichtungen einhergehen. Um derartige Entwicklungen zu fördern, wären Beschäftigten Möglichkeiten zu eröffnen, reale Erfahrungen mit den vielfältigen Vorteilen kürzerer Arbeitszeiten zu machen. Dies würde etwa garantierte Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit voraussetzen. Immer wieder zeigen Untersuchungen, dass Beschäftigte kürzere Arbeitszeiten als deutliche Zunahme ihrer Lebensqualität empfinden.

| Die nationale Ebene

Nach intensiver gesellschaftlicher Debatte und Aufklärung müssten auf nationaler Ebene durch die Parlamente qualitative Ziele vereinbart und Wege zur Umsetzung festgelegt

werden. Derartige Ziele könnten sein: die gravierende Ungleichverteilung zu beheben; die Arbeitszeiten und -belastungen zu reduzieren; die nach wie vor bestehende Massenarbeitslosigkeit abzubauen; Grenzen für den Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß festzulegen. Die Ziele müssten aber auch die Stärkung von Effizienz (höhere Ressourcenproduktivität und Reduzierung von Stoffströmen), Konsistenz (Naturverträglichkeit und hohe Qualität von Gütern) und Suffizienz (Selbstbegrenzung, Konsumverzicht und Entschleunigung) beinhalten.

In einem zweiten Schritt müsste diskutiert und festgelegt werden, mit welchen politischen Maßnahmen die verabredeten Ziele erreicht werden sollen. Als Instrumente stehen die Steuer- und Abgabenpolitik, die Arbeitsmarktpolitik, die öffentliche Ausgabenpolitik, aber auch die Eigentumspolitik sowie gesetzliche Ge- und Verbote bereit. Bei der Auswahl müssten die eingangs genannten ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen berücksichtigt werden. Denn es gilt, einen ökonomischen oder sozialen Kollaps zu verhindern, der jede Transformation in einem gesellschaftlichen Desaster enden lassen würde.

| Die europäische Ebene

Auf europäischer Ebene hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Rahmen eines „Marshallplans“ für Europa im Jahr 2012 konkrete Vorschläge „für eine bessere, sozialere, prosperierende, demokratische und friedliche Zukunft“ vorgelegt. „Angesichts der knappen natürlichen Ressourcen, der sozialen Schieflage, der wachsenden Arbeitslosigkeit, der demographischen Herausforderungen und der steigenden Wissens- und Technologieintensität“ werden Investitionen in verschiedenen Bereichen vorgeschlagen. So soll Energie nachhaltig erzeugt und der Energieverbrauch gesenkt werden. Investiert werden soll auch in nachhaltige Industrien und Dienstleistungen, in Bildung und Ausbildung, in Forschung und Entwicklung, in eine moderne Verkehrsinfrastruktur, in emissionsarme Städte und Gemeinden und in die Effizienz der öffentlichen Verwaltungen.

Eine Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, die auf einem breiten demokratischen Konsens beruht und ökologische, ökonomi-

sche und soziale Anforderungen austariert, würde zu einem neuen Wirtschaften, perspektivisch einer Wirtschaftsdemokratie führen. Wachstum genauso wenig wie Schrumpfung des BIP könnten fortan Ziel oder gar Beleg einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik sein. Einzelne Bereiche würden auch in Zukunft wachsen, andere schrumpfen. Zum Beispiel würde ein wachsender öffentlicher Personennahverkehr einem schrumpfenden Individualverkehr gegenüberstehen oder einer umfassenden Gebäudedämmung ein sinkender Energieeinsatz.

Eine solche, inhaltlich qualifizierte wirtschaftliche Entwicklung, deren Erfolg anhand aussagekräftiger Indikatoren gemessen werden müsste, würde auch die Orientierung am derzeit immer noch dominierenden Indikator BIP überwinden. Der kann die wirtschaftliche Leistung ohnehin nur sehr mangelhaft und das erreichte Wohlstandsniveau kaum erfassen. Ob er dann Wachstum oder Schrumpfung ausweist, wäre nicht mehr die Frage – und auch unerheblich. Entscheidend wäre allein die Qualität der sozial-ökologischen Transformation. | |

Literatur

Kopatz, Michael (2012), **Arbeit, Glück und Nachhaltigkeit. Warum kürzere Arbeitszeiten Wohlbefinden, Gesundheit, Klimaschutz und Ressourcengerechtigkeit fördern**, Wuppertal

Reuter, Norbert (2010), **Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung**, in: Seidl, I./Zahrnt, A. (Hrsg.): *Postwachstumsgesellschaft*, Marburg

Reuter, Norbert (2014), **Die Degrowth-Bewegung und die Gewerkschaften**, in: WSI Mitteilungen, Nr. 7

Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis (2011), **Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte**, Attac Basistexte 36, Hamburg



PD Dr. Norbert Reuter ist Ökonom beim Bundesvorstand der Gewerkschaft ver.di und war Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

Solidarische Ökonomie trifft Postwachstum

Wachsende Solidarität als Basis einer anderen Ökonomie

| Dagmar Embshoff und
Lioba Kucharczak

Der „Earth Overshoot Day“ – der Tag, ab dem wir aus ökologischer Sicht über unsere Verhältnisse leben – ist 2014 erneut im Jahresverlauf nach vorne gerückt. Das verdeutlicht sehr anschaulich: Wir Menschen verbrauchen mehr Ressourcen, als uns zeitlich (innerhalb eines Jahres) und räumlich (auf unserer Erde) zur Verfügung stehen. Das hat eine Vielzahl schädlicher Auswirkungen, die sich aus der Form der Ressourcenerschließung, ihrer Verarbeitung, Verteilung, Nutzung und Entsorgung ergeben – also letztlich aus der Art und Weise unseres Wirtschaftens. Die Solidarische Ökonomie setzt genau hier an.

Es geht um eine zukunftsfähige und kooperative Wirtschaftsweise entlang der gesamten Produktionskette, so beschrieb es Luis Razeto in Chile, der in den 1980er Jahren erstmals die Begriffe „Ökonomie“ und „Solidarität“ zusammengebracht hat. „Solidarität“ zeigt sich dabei in Form von Selbstorganisation, freiwilliger Kooperation und gegenseitiger Hilfe: Sie rankt sich von der eigenen über die lokale Gemeinschaft bis hin zur globalen Ebene. Sie umfasst kommende Generationen und damit auch die Erhaltung der Natur. Der Zweck der „Ökonomie“ wird reduziert auf die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse. Dies entspricht gängiger Lehrbuchmeinung – nicht aber der Praxis. Kurz: Es geht um Sinn vor Gewinn und um Kooperation statt Konkurrenz. Zur Profitsteigerung per Marketing künstliche „Bedürfnisse“ wecken? Unökonomisch!

| Solidarische Ökonomie international

Von Lateinamerika aus breitete sich die Solidarische Ökonomie seit Beginn dieses Jahrtausends weltweit aus. Dazu haben vor allem die Weltsozialforen und das Interkontinentale Netzwerk zur Förderung der Sozialen und Solidarischen Ökonomie (RIPESS) beigetragen. Auch die Vereinten Nationen haben die Potenziale alternativen Wirtschaftens er-

kannt und eine „Task Force on Social and Solidarity Economy (TFSSE)“ eingerichtet, an der 14 UN-Organisationen beteiligt sind. Die UN-Forschungsorganisation UNRISD beschreibt Soziale und Solidarische Ökonomie als Organisationen und Unternehmen mit ausdrücklich sozialen und ökologischen Zielen, kooperativen und assoziativen Beziehungen unter den Mitgliedern und mit der lokalen Gemeinschaft, demokratischer Selbstverwaltung und Werten der Solidarität und des „Buen Vivir“, des „guten Lebens“. Ziel der TFSSE ist es unter anderem, förderliche Rahmenbedingungen für die Solidarische Ökonomie zu etablieren. Eine solche Bodenbereitung böte große Chancen. Dabei wäre schon viel geholfen, wenn die Subventionierung der unsolidarischen Ökonomie ausbliebe. Weg mit dem Dünger auf das strotzende Maisfeld!

Weltweit sprießen inzwischen unter Begriffen wie etwa Commons, Gemeinwohlökonomie, Transition Towns, Fairer Handel, Peer2Peer und Sharing Economy Bewegungen alternativen Wirtschaftens mit vielen Überschneidungen zur Solidarischen Ökonomie. Hierzu zählt auch die Postwachstumsbewegung. Alle Ansätze erfahren wachsenden Zulauf und umfassen eine Fülle an Beispielen, die eine neue Kultur der Kooperation erfahrbar machen.

| Solidarische Ökonomie und Postwachstum

Die verschiedenen Strömungen unterscheiden sich dabei vor allem in ihrer Entstehungsgeschichte und ihren Perspektiven. So auch Solidarische Ökonomie und Postwachstum:

- Während Solidarische Ökonomie im globalen Süden entstand, liegt die Wiege des Postwachstums eher im globalen Norden (Club of Rome: „Die Grenzen des Wachstums“).
- Während Solidarische Ökonomie ursprünglich vor allem auf Reduzierung der Armut abzielte, stand beim Wachstumsthema die zunehmende Umweltzerstörung samt Klimaveränderung und Ressourcenvernichtung im Fokus.
- Während Solidarische Ökonomie über den Begriff der „Solidarität“ sehr stark die Bedeutung der Qualität von Wirtschaft und Leben in den Vordergrund stellt, betont der

Begriff „Postwachstum“ stärker die quantitativen Notwendigkeiten (wie z.B. CO₂-Reduktion) und Aufgaben für ein anderes Wirtschaften.

- Solidarische Ökonomie nimmt insbesondere die Ebene der einzelnen Projekte und Betriebe sowie deren Zusammenschlüsse in den Blick. Teile der Postwachstumsbewegung fragen hingegen stärker, wie unsere Gesellschaft zu anderen Wohlstandsindikatoren des Wirtschaftens kommt – und welche Lebensstile zukunftsfähig sind.

Allerdings helfen solche Unterscheidungen allenfalls, die jeweiligen Stärken besser zu erkennen. Solidarische Ökonomie, Postwachstum und andere Ansätze fließen heute zunehmend ineinander und stehen vor der Aufgabe, ein gemeinsames „wirtschaftliches Ökosystem“ zu schaffen. Denn unsere größte Macht heißt „kooperativ denken – und handeln“.

Da es bei Solidarischer Ökonomie um Alternativen geht, sollen sich diese natürlich entwickeln und mehren. Pionier-Regionen sind oft gerade solche, die für die herkömmliche Ökonomie mangels Kaufkraft nicht attraktiv sind. Dort kann eine andere Ökonomie Armut bekämpfen, soziale (Infra-)Strukturen aufbauen oder beleben und Umweltzerstörung entgegenwirken – mit wenig Kapital, Regionalwährungen oder sogar ohne. Sie geht oft von denen aus, deren Bedürfnisse alles andere als gedeckt sind, und schafft Emanzipation, Inklusion und Selbstermächtigung.

Plakativ gesprochen ist die Solidarische Ökonomie vielleicht die Zukunfts-Ökonomie des globalen Südens und Postwachstum die des globalen Nordens. Doch die wachsende Spaltung in Arm und Reich durchzieht auch den globalen Norden. Und die schädlichen Folgen unserer Wirtschaftsweise zeigen sich auch in den vermeintlich reichen Industrieländern, zum Beispiel im Anstieg von Zivilisationskrankheiten wie Depressionen und Burnouts. Das undifferenzierte Weltbild vom reichen Norden und armen Süden gehört also auf den Kompost.

| Vom Individuum zum System

Solidarische Entwicklungs- und „Entwachtums“-Politik geht uns alle an! Jede und jeder kann einzeln, gemeinsam und systematisch zur transformativen Ökonomie beitragen.

Alle Fotos: Mercado Social Madrid (CC BY-SA 2.0)



Weltweit gibt es Ansätze Solidarischer Ökonomie. Beim „Mercado Social Madrid“ in Spanien (oben) werden fair gehandelte Produkte (rechts) ebenso präsentiert wie Anregungen für alternative Energieerzeugung (links).

Einzelnen heißt: anders konsumieren. Denn ohne solidarischen Konsum keine solidarische Produktion. Und die Handlungsspielräume sind weit größer als gelegentlich ein fairer Kaffee mit einem Schuss Bio-Milch fürs Gewissen. Alternativen reichen vom Konto über die Energieversorgung bis zur bio-fairen Nähkooperative und dem lokalen Handwerkskollektiv. Und immer winkt die Alternative des Nicht-Kaufens oder Nicht-Konsumierens: Indem wir teilen und tauschen, wiederverwerten und weitergeben, selber machen und koproduzieren oder das Leben genießen, statt es zu konsumieren. Und: Wer der Konsumspirale den Vogel zeigt, braucht weniger Geld, sprich Erwerbsarbeit, und erntet Zeit und Freiheit.

Gemeinsam lässt sich vieles solidarischer organisieren. Ein ganzer Wald von Projektformen wie gemeinschaftliche Gärten, Werkstätten und Wohnprojekte, solidarische Landwirtschaft, Mitgliederläden und FoodCoops, Kollektivbetriebe, Carsharing, Tauschringe

oder Nachbarschafts-Plattformen lädt uns zur Beteiligung ein oder will im Stadtteil noch initiiert werden. So wird „Bio“ bezahlbar und gutes Leben für alle greifbar. Regionale Produktionsketten und -netze machen die Betriebe und Projekte widerstandsfähiger. Unterstützt durch regionale Vernetzungsforen mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren und durch Gründungswerkstätten nach dem Vorbild der brasilianischen „Incubadoras“ kann eine andere Ökonomie an vielen Orten lebendig werden.

Systematisch heißt, es bedarf unbedingt grundlegender, struktureller Änderungen auf der Regime-Ebene, damit sich die Alternativen aus den Nischen herausentwickeln können. Dazu gehören solidarische Welthandelsstrukturen statt TTIP oder fair-ökologischer öffentlicher Einkauf (der dann immerhin ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts in der EU betreffen würde!) – dazu enge Schranken für Lobbyismus und Werbung. Nur breite Bündnisse können solche strukturellen Veränderungen bewirken.

| Noch viel zu entdecken

Zwischen den Strömungen alternativer Ökonomie entstehen solche Zusammenschlüsse bereits und treiben erste Blüten. Hierzu zählt die Entwicklung einer gemeinsamen Online-Karte („TransforMap“), die international Beispiele für alternatives Wirtschaften auffindbar machen soll. Als Kristallisationspunkt wird derzeit für den 5. bis 13. September 2015 ein großer Kongress samt einer „Wandelwoche“ voller Exkursionen in Berlin und Umland organisiert. Unter dem Motto „Wir können auch anders!“ soll die Praxis der Solidarischen Ökonomie erfahrbar und reflektiert werden. Beiträge und Strategien zur gesellschaftlichen Transformation sollen mit interessierten gesellschaftlichen Akteuren besprochen werden. Beteiligt sind rund 40 Kooperationspartner-Organisationen. Zum Kongress werden etwa 1000 Teilnehmende, darunter 200 internationale Gäste, erwartet, mit einem Programm, das hoffentlich zum inneren Wachstum aller Beteiligten beiträgt. | |

Links

Earth Overshoot Day: www.footprintnetwork.org/de/index.php/GFN/page/earth_overshoot_day/

Reseau Intercontinental de Promotion de l'Économie Sociale Solidaire: www.ripest.org

UN Inter-Agency Task Force on Social and Solidarity Economy (TFSE): www.unsse.org

TransforMap: www.transformap.co

Solidarische Ökonomie, Kongresse: www.solidarische-oekonomie.de/index.php/forum-soe/kongresse



Dagmar Embshoff ist Mitgründerin des Forum Solidarische Ökonomie und des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft.



Lioba Kucharczak ist im Vorstand des Forum Solidarische Ökonomie.

Unsinn oder Notwendigkeit?

Wachstumsrücknahme in Ländern des Globalen Südens

| Alberto Acosta

Die Anhäufung materieller Werte wird als Fortschritt verstanden, aber sie hat keine Zukunft. Dasselbe gilt für das Konzept der Entwicklung, das aus diesem Fortschrittsbegriff entstanden ist. Beides geht aus von einem mechanistischen Weltbild und der Vorstellung, dass Güter unbegrenzt verfügbar sind. Wenn wir sicherstellen wollen, dass die Belastungsgrenzen der Erde nicht überschritten werden, müssen wir dringend die Lebensweisen verändern, die allein den Menschen im Mittelpunkt sehen, und damit aufhören, die Natur nur als Quelle des Wachstums und der Kapitalakkumulation anzusehen.

Gleichzeitig müssen wir uns der sozioökonomischen Ungleichheiten auf unserem Planeten annehmen. Sie sind dem Kapitalismus zu Eigen, der sich als Zivilisation der Ungleichheit manifestiert. Durch ihren Ursprung bedingt, treten diese Ungleichgewichte in den verschiedensten Formen auf und verschärfen sich immer weiter. Das ist der wesentliche Grund dafür, dass beispielsweise die Migration von Afrika nach Europa zunimmt oder auch dafür, dass in vielen Breitengraden Repression, Exklusion und Intoleranz wachsen.

Es ist also erforderlich, die ökologischen Grenzen unserer Umwelt, deren Teil wir sind, anzuerkennen. Ebenso gilt es, die Reproduktion des Kapitals als Grundlage des wachsenden sozioökonomischen und kulturellen Auseinanderdriftens in Frage zu stellen.

Und es gilt, Antworten auf die Fragen zu finden: Wie lässt sich eine soziale und Umweltkatastrophe verhindern, die bereits einsetzt und das Leben (eines großen Teils) der Menschheit gefährden kann? Und wie kann ein würdiges Leben für alle Bewohnerinnen und Bewohner dieses Planeten sichergestellt werden?

Foto: sara y tzanky (CC BY-NC 2.0)



| Weder Wirtschaftswachstum noch Entwicklung

Wir stehen also vor einer zivilisatorischen Herausforderung, die ohne eine große Transformation nicht bewältigt werden kann. Das führt uns dazu, Wirtschaft neu zu denken. Denn diese sollte sich den Forderungen der Gesellschaft, Wirtschaft anders zu denken, unterordnen, und wir sollten – ein für alle Mal – verstehen, dass wir selbst Natur sind.

Wir brauchen eine Vision, die die Religion des Wirtschaftswachstums und der unaufhörlichen Akkumulation materieller Güter überwindet. Eine Vision, die die kapitalistische Wirtschaftsweise und ihr ständiges Streben nach einem Gewinn, der durch die Ausbeutung von Mensch und Natur entsteht, hinter sich lässt. Wir sollten mit dem Aufbau einer Wirtschaft beginnen, deren Fundament die Bewahrung des Lebens ist. Das hieße die

Natur und die Gemeingüter dem kapitalistischen Markt zu entziehen, die Zentralisierung und Konzentration der Produktionsmittel aufzuheben sowie Reichtum und Macht umzuverteilen. Auf diesen Grundlagen ließe sich gemeinschaftlich eine andere Wirtschaft aufbauen, die unabdingbar für eine andere Zivilisation ist.

Diese Debatte über Wachstumsrücknahme darf nicht einfach als Symptom der Rezession oder der Krise abgetan werden. Sie erhält in den Industriestaaten, den Hauptverantwortlichen der weltweiten Umweltkatastrophe, von Tag zu Tag mehr Gewicht. Dort haben die Ideen der Wachstumsrücknahme erneut an Kraft gewonnen. Und dort ist ihre Konkretisierung auch besonders dringend.



Doch dieses Thema sollte auch im globalen Süden Beachtung finden. Wir sollten uns vor Augen führen, dass Wachstum in keinster Weise ein Synonym für Entwicklung ist. Entwicklung – so wie sie Ende des Zweiten Weltkrieges erdacht wurde – ist gescheitert. Sie hat bewirkt, dass Personen und Gesellschaften verarmt sind. Sie hat ihnen den Verlust von Fähigkeiten, Identität und natürlichen Ressourcen eingebracht und ihre Rechte und Freiheiten beschnitten.

Deshalb sprechen wir auch von Fehlentwicklung. Sie hat dazu geführt, dass das globale System – einschließlich der Staaten, die wir als entwickelt bezeichnen – angeschlagen ist. Es geht aber nicht darum, dass verarmte Staaten nicht oder nur wenig wachsen, damit die reichen Länder ihre ausschweifenden und nicht nachhaltigen Lebensstile beibehalten können. Das ist hiermit keinesfalls gemeint. Gleiches gilt selbstverständlich auch für die Wohlhabenden in den Ländern des globalen Südens.

Wer in einer begrenzten Welt an unbegrenztes exponentielles Wachstum glaubt, ist entweder verrückt oder ein Ökonom.

Kenneth Boulding

In den verarmten Ländern muss das Thema Wachstum verantwortlich angegangen werden. Zumindest sollte – unter Berücksichtigung der

jeweiligen Sozial- und Umweltgeschichte – zwischen „gutem“ und „schlechtem“ Wachstum unterschieden werden. Und der Übergang zu einer anderen Wirtschaft muss in der verarmten Welt notwendigerweise mit einem Post-Extraktivismus einhergehen. Denn wenn die Ökonomien im globalen Norden nicht weiter wachsen, wird dort die Nachfrage nach Rohstoffen abnehmen. Deshalb wären die Länder des globalen Südens schlecht beraten, würden sie ihre Ökonomien weiter auf die Einnahmen aus dem Export dieser Güter stützen.

| Eine andere, nicht an Wachstum gekoppelte Wirtschaft

Wachstumsrücknahme sollte schließlich darüber hinausgehen, den Materialdurchsatz in der Wirtschaft zu verringern. Sie sollte sich in Richtung der Debatten um das Konzept des „Erfüllten Lebens“ (Buen Vivir) orientieren, das auf ethischer und politischer Ebene die Verbindung von Gesellschaft und Natur neu aufwirft. Entscheidend ist dabei, als Teil einer bewussten Wiederbegegnung mit Mutter Erde (Madre Tierra) die Vermarktung der Natur zu beenden. Wirtschaftliche Ziele müssen den Gesetzen untergeordnet werden, nach denen natürliche Systeme funktionieren. Im Klartext heißt das: Die Wirtschaft muss sich der Ökologie unterordnen, sie muss im Blick haben, dass es um harmonische gesellschaftliche Beziehungen mit der Natur geht.

Das wird einhergehen mit produktiven Prozessen, die erheblich weniger Rohstoffe verbrauchen und an einer effizienteren Produktion orientiert sein werden. Dies bedeutet neue Formen des Konsums. Die Geißel des Hungers auf unserem Planeten existiert nicht, weil das Nahrungsangebot zu gering wäre, sondern weil Lebensmittel ungleich und ineffizient verteilt sind oder verschwendet werden.

Wenn wir davon sprechen, die Natur nicht mehr zu vermarkten, müssen wir auch die Gemeingüter mit einbeziehen. Darunter



Foto: Buster&Bubby (CC BY-NC-ND 2.0)

Der Yasuni-Nationalpark in Ecuador (links) gehört zu den Regionen mit der weltweit größten Artenvielfalt. Trotzdem soll dort Öl gefördert werden (rechts: Ölbohrung im Yasuni-Park).



werden Güter verstanden, die von einer mehr oder weniger großen Gruppe von Individuen oder gar der gesamten Gesellschaft konsumiert oder genutzt werden oder ihnen gehören. Bei diesen Gütern kann es sich um natürliche Systeme (beispielsweise das von einer Gemeinschaft gemeinsam genutzte Weideland), aber auch um soziale, materielle oder immaterielle Systeme handeln (Wikipedia zum Beispiel). Auch wenn sich diese Systeme stark voneinander unterscheiden, sind sie dennoch gemeinschaftlich, weil sie kollektiv entstehen und weitergegeben werden. Weder der Markt noch der Staat darf die Kontrolle darüber ausüben – die gehört in die Hände der Gesellschaft und ihrer Gemeinschaften an der Basis.

| Kernaspekte einer neuen Ökonomie

Zu den Kernaspekten einer neuen Ökonomie gehört es, die Konzentration der Produktionsmittel aufzuheben und sie zu dezentralisieren. In vielen Bereichen, so etwa bei der Ernährungs- und Energiesicherheit, ist dies bereits jetzt möglich. Angemessene Lösungen müssen unter Beteiligung der Betroffenen und in lokalen Prozessen in den Gemeinden selbst erarbeitet werden.

Wenn sich die Wirtschaft den Vorgaben von Mutter Erde unterordnen soll, muss das Kapital sich den Forderungen der menschlichen Gesellschaft unterwerfen. Das verlangt eine grundlegende Umverteilung von Reichtum und Macht sowie den Aufbau von Gesellschaften, die auf Gerechtigkeiten

Traditionelles Wirtschaften: Kartoffeln wurden in den Anden Südamerikas bereits vor 7000 Jahren angebaut. Die Sortenvielfalt bewahrte die Andenbewohner davor, beispielsweise bei Schädlingsbefall die gesamte Ernte zu verlieren.

im Plural basieren – ethnischer, sozialer, ökonomischer, politischer, internationaler Gerechtigkeit sowie Geschlechter- und Generationengerechtigkeit. Dabei geht es also nicht nur um den Klassenkampf, um die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Es geht nicht zuletzt um die endgültige Überwindung des Konzeptes der „Rasse“, das sich in abhängigen Ökonomien besonders brachial in Form des Rassismus als konstituierendes Element manifestiert. Dies zu verändern bedeutet, auch auf dem Gebiet der Ökonomie den Forderungen nach Schutz und dem Erhalt des Lebens oberste Priorität zu geben.

Die Demokratisierung der Wirtschaft vervollständigt die zuvor aufgeführten Aspekte. Die Entscheidungsfindung im ökonomischen Sektor muss auf allen Ebenen von immer mehr Teilhabe und öffentlicher Debatte geprägt sein. Daher muss die Partizipation sowohl von Produzenten als auch von Konsumenten sichergestellt werden. Das gilt vor allem für die Beteiligung der Bevölkerungsgruppen, die traditionell am stärksten margi-

nalisiert sind. Die Gesellschaften müssen nach Prinzipien organisiert werden, die über Ertragsrechnungen und wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Kalküle hinausgehen: nach Prinzipien der Solidarität und Gegenseitigkeit.

Die komplexen Aufgaben, die dieser Text nur vage umreißen kann, werden wir nicht von heute auf morgen bewältigen. Doch wir beschreiten diesen Weg nicht erst heute. Uns stehen bereits jetzt Werte, Erfahrungen und vor allem alternative gesellschaftliche Praktiken zur Verfügung. So gibt es zum Beispiel die Kosmosvisionen aus Abya-Yala. Abya-Yala ist eine indigene Bezeichnung für den amerikanischen Kontinent. Heute benutzen viele Indigenen-Organisationen auf dem ganzen Kontinent diese Bezeichnung, um sich von Begriffen wie „Neue Welt“ oder „Amerika“ abzugrenzen.

In vielen Teilen der Erde existieren philosophische Denkrichtungen, die verwandt sind mit der Suche nach dem Erfüllten Leben (Buen Vivir), das in Quechua *sumak kawsay* heißt und in Aymara *suma qamaña*. Das Erfüllte Leben war als Lebenskultur in verschiedenen Epochen in unterschiedlichen Regionen von Mutter Erde bekannt und wurde vielerorts praktiziert, etwa als Ubuntu in Afrika oder als *Swadeshi, Swaraj* und *Apargrama* in Indien.

Diese Konzepte stellen nicht lediglich eine Entwicklungsalternative dar, sondern eine Alternative zur Entwicklung. Doch um die Tür zu einer neuen Zivilisation zu öffnen, wäre es besser, nicht von dem, sondern im Plural von den „Erfüllten Miteinanderleben“ (*buenos convivires*) zu sprechen. Sie stehen im Einklang mit den Visionen und aufeinander abgestimmten Lebensstilen einer harmonischen Lebenspraxis und des Lebens in all seiner Fülle, wie sie sich auf dem gesamten Planeten entwickeln. ||

Übersetzung aus dem Spanischen von **Bettina Hoyer** und **Sebastian Landsberger**.



Alberto Acosta

lehrt und forscht in Ecuador. Er war 2007 Minister für Energie und Bergbau und 2007/08 Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors.

Nachzügler im Konsumdelirium

Indonesiens Mittelschichten und ihre Vorbilder – ein Realitätstest für die Streiter um globale Nachhaltigkeit



Foto: Midori (CC BY 3.0)

| Bernard Herry-Priyono

Mitten in Jakarta, der Hauptstadt von Indonesien, befindet sich „Grand Indonesia“, eine gigantische Shopping Mall. Gleich auf der anderen Seite, gegenüber dem Eingangsportaal, liegt das „Plaza Indonesia“, ein weiteres Luxus-Einkaufszentrum für die indonesischen Ober- und Mittelschichten. Malls wie diese symbolisieren und transportieren einen Lebensstil, der sich in ganz Südostasien ausbreitet.

In den Parkbuchten der beiden Einkaufsparadiese in Jakarta reihen sich auf Hochglanz polierte italienische Sportwagen an Premiummodelle von BMW, Mercedes und der traditionsreichen britischen Edelmarke Bentley. Vor fünfunddreißig Jahren war diese Gegend bekannt als ein öffentlicher Raum, wo Bürger politische Versammlungen durchführten. Wie er innerhalb von drei Jahrzehnten in einen kommerziellen Raum verwandelt werden konnte, ist eine Geschichte, mit der sich die zahlreichen Unternehmensmanager schmücken können, die auf der Suche nach neuen Märkten für ihre Produkte ihre Chancen bei den indonesischen Konsumentenschichten ausgelotet haben.

Ein ähnlicher Trend kann in ganz Südostasien beobachtet werden: von Bangkok über Ho Chi Minh City bis Kuala Lumpur. Überall

Das Cempaka Mas Shopping Center in Jakarta – eines der zahlreichen Einkaufszentren in der größten Stadt Südasiens.

findet eine Transformation des Lebensstils statt, die sich der dritten Welle der ökonomischen Entwicklung in der Region zuordnen lässt. Die erste Welle erfasste Japan in der Vorkriegsära, die zweite Welle fand in Südkorea, Taiwan und Singapur in den 1960er und 1970er Jahren statt und die dritte Welle in den 1980er und 1990er Jahren. Im Zentrum dieser Entwicklung steht eine neue Art von Mittelschicht, die sich über den Konsum definiert.

| Der Aufstieg der Konsumentenschichten

Es war die Großtat der ökonomischen Liberalisierung in den beiden Jahrzehnten seit 1980, die globalen Finanztransaktionen zu entfesseln und so den globalen Banken und Investoren den Eintritt in bis dahin unerschlossene Märkte der Region zu erleichtern. Daniel Lev, ein Beobachter der indonesischen Politik, hat diese Transformationsprozesse der 1980er Jahre bereits 1990 in einem Artikel beschrieben: „Als der alte Status quo hinweggefegt wurde vom neuen, angetrieben und gespeist von Geld, strömten neue Anwärter in die neuen Berufsstände. Sie kamen aus der Verwaltung und der Armee, aufstrebende Einzelhändler waren ebenso darunter wie betuchte Großbauern und Mitglieder des Adels – ihnen allen erschienen die Hochfinanz, der Aufsichtsrat und insgesamt die professionelle Oberschicht als sinnvoller Ersatz für den zunehmend deklassierten öffentlichen Dienst.“ Ein Lebensstil wurde geboren, der mit den Jobs, der Ausbildung, dem Einkommen und dem Status der Mittelschicht Schritt halten sollte.

Seither werden die Leitbilder des Erfolgs in erster Linie nach den Kategorien der Geschäftswelt geformt: junge Geschäftsleute, die Markenanzüge tragen, Luxusautos fahren und in trendigen italienischen oder japanischen Restaurants essen gehen. Die neue Definition von Lebensstil dreht sich um ein standardisiertes Konsumpaket, bestehend aus Vorstadthäusern, Autos, Kühlschränken, Waschmaschinen, Fernsehern, den neuesten Kommunikationsspielzeugen und wohlbekannten Marken von Fertigmahlzeiten, Kleidung und Kosmetik. Aber: Wie groß ist eigentlich diese Konsumentenschicht?

Von der Gesamtbevölkerung Indonesiens von 252,8 Millionen im Jahr 2014 zählen offiziell ungefähr 74 Millionen als Angehörige der Mittelschichten und wohlhabenden Konsumenten. Diese Zahl soll laut Schätzungen bis zum Jahr 2020 auf 141 Millionen ansteigen. Allerdings stolpert man bei diesen Zahlen über einen statistischen Trick, denn der zugrunde gelegte Standard ist sehr niedrig. Internationale Organisationen wie die Asiatische Entwicklungsbank oder Unternehmensberatungen definieren die Mittelschicht über ein verfügbares Einkommen von zwei bis 20



US-Dollar am Tag. Das entbehrt nicht einer gewissen Komik, denn in Indonesien leben etwa 80 Prozent der Bevölkerung (201 Millionen) von weniger als vier US-Dollar am Tag. Die Hälfte davon überlebt mit weniger als zwei US-Dollar am Tag und zählt damit nach jedem Maßstab zu den Ärmsten. Lediglich 18 Prozent (45 Millionen) der Indonesier leben mit Einkommen zwischen vier und 20 US-Dollar am Tag. Es sind diese Menschen, die nach den Statussymbolen dessen greifen, was als Mittelschicht betrachtet wird.

Weshalb aber wird diese Mittelschicht mit statistischen Tricks künstlich aufgebläht? Zunächst einmal hat die sogenannte Mittelschicht in Indonesien weniger gemein mit dem Begriff einer politischen Kraft im Sinne des Bürgertums der europäischen Geschichte als mit einer reinen Konsumentengruppe. Dementsprechend wird der Hype um die Mittelschicht vom Unternehmenssektor befeuert, der darin eine Chance zur Expansion von Konsummärkten sieht. Aus diesem Grund sind Beratungsfirmen auch schnell dabei, die Botschaft von Indonesien als „riesiger Geschäftsgelegenheit“ zu verkünden, „die in der enormen Nachfrage der Mittelschicht liegt: Unternehmen sollten ihr Augenmerk auf diese besondere Bevölkerungsgruppe legen, denn niemand kann es sich leisten, diese Konsumenten zu verlieren“.

Tatsächlich greift diese Klasse nach allem, was in Sichtweite ist, und füllt ihre ständig hungrigen Mägen mit Konsumgütern. Die Unternehmen feiern diesen Zustand, und die Regierung bejubelt ihn. So stand beispielsweise das letzte Indonesische Wirtschaftsforum, das am 25. November 2014 stattfand, unter der Parole „Der Aufstieg der Konsumentenschicht“. In einer überschäumenden Eröffnungsrede sagte der indonesische Vizepräsident: „Die Mittelschichten in Indonesien wachsen schnell. Das macht das Land zu einem Investitionsziel. Unsere Mittelschichten sind die größten in der Region, und das macht Indonesien zum größten Markt in Südostasien.“

| Konsumpathos und Wirtschaftswachstum

Zusammen mit dieser Woge neuer „Lifestyle“-Aspirationen wird ein Kult des Wirtschaftswachstums befördert, der sich in einem fast rauschartigen Immer-mehr an Kaufen, Verkaufen, Produzieren und Extrahieren artikuliert. So sind in Indonesien nicht nur ganze Landstriche und urbane Lebensräume planlos umgeformt worden, sondern es werden auch die reichen Naturschätze des Landes mit zunehmender Rücksichtslosigkeit ausgebeutet. Die Vorstellungen der Mittelschichten mögen das Einfallstor für diese Entwicklung sein. Doch sie ahmen dabei nur den Lebensstil der Oberschichten nach. Und umgekehrt sehnen sich die Armen danach, dem Modell der Mittelschichten nachzueifern.

Westlicher Lebensstil als Vorbild: ein Starbucks-Café in einer Mall in Jakarta (Foto links), ein Model posiert vor einem Sportwagen (rechts).



Foto: Randy Pantouw (CC BY 2.0)

Dieses ganze Geflecht eines Konsumpathos hat zu einer Neureichen-Mentalität geführt: habsüchtig, räuberisch und unersättlich. So ist Jakarta mit ständig wiederkehrenden Verkehrsstaus verstopft. 70 Prozent der Luftverschmutzung der Stadt ist durch Fahrzeugabgase verursacht. Während das Straßennetz in den vergangenen fünf Jahren nur um 0,01 Prozent gewachsen ist, stieg die Zahl der Motorfahrzeuge in diesem Zeitraum um neun bis elf Prozent – pro Jahr. Schlichtweg verblüffend ist dabei das Verhältnis zwischen Privatverkehr und öffentlichem Verkehr. Von den 20,7 Millionen Wegstrecken, die in Jakarta an einem durchschnittlichen Tag im Personenverkehr zurückgelegt werden, wird mehr als die Hälfte (50,3 Prozent) vom öffentlichen Verkehr abgedeckt, dessen Flotte insgesamt aber nur zwei Prozent der Fahrzeuge ausmacht. Die 98 Prozent an Privatfahrzeugen hingegen legen nur 49,7 Prozent der Wegstrecken zurück.

All diese Eindrücke treiben mich um, wann immer ich seit meinem sechsjährigen Studienaufenthalt in London Ende der 1990er Jahre in Europa unterwegs bin. Die Sorge um einen nachhaltigen Lebensstil war hier bereits damals erkennbar, wenn auch noch nicht so offensichtlich wie heute. Fahrradverkehr gehört in vielen Städten inzwischen zum gewohnten Bild. Genossenschaftlich organisiertes Carsharing ist schrittweise zum Bestandteil des Alltags für viele in Deutschland geworden. Es ist ermutigend festzustellen, dass neue Lebensstile entwickelt werden und vielleicht auch Eingang in politische Kreise finden. Auch der zunehmende Elan ökologischer Bewegungen, der von verschiedenen Gruppen im grünen Spektrum und in Postwachstums-Netzwerken ausgeht, mag den Notwendigkeiten des gegenwärtigen historischen Moments entsprechen.

Doch es bleibt eine knifflige Frage, ob und wie ähnliche Bewegungen auch in Ländern wie Indonesien Eingang finden können. Die Art und Weise, in der Entwicklung in Indonesien praktiziert wurde, hat immer die Ökonomie gegen die Ökologie ausgespielt, so dass schon die Idee einer Entkopplung ökologischer Auswirkungen von Wirtschaftswachstum undenkbar ist. Es klingt daher weit hergeholt, von einer ökologischen Wirtschaft oder einer wirtschaftlichen Ökologie zu reden.

Der Grund dafür liegt nicht in Unwissenheit, sondern in etwas Tieferem, bei dem Vorstellungen und Hoffnungen in Bezug auf den Lebensstil eine Rolle spielen. Im Zentrum steht das, was ungleichzeitige kapitalistische Entwicklung genannt wird, womit die Unterschiedlichkeit der geschichtlichen Prozesse gemeint ist, in denen der Kapitalismus als prägende Kraft in verschiedenen Gesellschaften eingreift und wirksam wird. Die Art von Kapitalismus, die die europäischen Gesellschaften seit dem 18. Jahrhundert geprägt hat, war nicht dieselbe wie die in Gesellschaften, die Mitte des 20. Jahrhunderts zu politisch unabhängigen Nationalstaaten geworden sind. In letzteren ist der Kapitalismus als gesellschaftsformende Kraft eine jüngere Erscheinung. In Indonesien war das in voll ausgeprägter Form erst in den 1980er Jahren der Fall, gerade einmal vor einer Generation.

Die Unterschiede beim Verlauf historischer Prozesse führen nicht nur zu Unterschieden in der Art und Weise, wie der Kapitalismus Gesellschaften prägt, sondern es bilden sich auch unterschiedliche Ansprüche an den Lebensstil heraus. Für die meisten Indonesier ist die grundlegende Veränderung der Bedürfnisse, die der Kapitalismus mit sich gebracht hat, eine neue Erfahrung. Sie beinhaltet eine rasante Klettertour der Wünsche, von beispielsweise dem Besitz eines Fahrrads über den eines Motorrads und spä-

ter eines sparsamen Autos bis hin zum Gedrängel am Gipfel um den Besitz eines Oberklassewagens. Deshalb ist es kein Zufall, dass Indonesien der größte Markt für PKW in Südostasien geworden ist. BMW beispielsweise vermeldet für die vergangenen fünf Jahre ein jährliches Wachstum seiner Verkaufszahlen zwischen 25 und 35 Prozent. Ähnliches gilt für viele andere Autohersteller.

| Realitäts-Check für einen ökologischen Lebensstil

Hier liegt eine unverkennbare Ironie. Was in den alten kapitalistischen Ökonomien langsam aufgegeben wird, dürfte in den neuen kapitalistischen Ökonomien gerade erst begierig herbeigesehnt werden. Die Tatsache, dass in einer globalisierten Wirtschaft Unternehmen problemlos die alten kapitalistischen Länder verlassen können, um ihre Produktionsstätten und Absatzmärkte in die Schwellenländer zu verlegen, gewährleistet, dass genau das, was in ersteren als überlebt angesehen wird, in letzteren die Quelle eines neuen Konsumüberschwangs wird.

Für die Streiter im Namen der grünen Sache oder des Postwachstums wird dieser Realitätstest schmerzhaft sein. Die sogenannten Mittelschichten in den Entwicklungs- und Schwellenländern sind notorische und begeisterte Nachahmer von fast allem, was europäisch, amerikanisch oder japanisch ist. Vielleicht, wenn die ökologischen Streiter ihre Fahnen erheben und mit Erfolg einen ökologischen Lebensstil als kulturellen Standard in ihren eigenen ökonomisch fortgeschrittenen Ländern etablieren, vielleicht – so stelle ich mir vor – würden dann auch die Mittelschichten in Ländern wie Indonesien dem folgen. Und sei es auch nur, weil sie den Eindruck hätten, dass ein ökologischer und grüner Lebensstil cool wäre. | |

Übersetzung aus dem Englischen von Georg Stoll.



Bernard Herry-Priyono PhD ist Dozent für Sozialwissenschaften und Philosophie an der Diryarkara School of Philosophy in Jakarta, Indonesien.

„Degrowth heißt vor allem, globale Gerechtigkeit zu ermöglichen“

Interview mit Nina Treu, Programm- und Teamkoordinatorin der Degrowth-Konferenz 2014

Im September 2014 fand in Leipzig die Vierte Internationale Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit statt. 3000 Menschen aus 74 Ländern kamen fünf Tage lang zu Diskussionen und Aktionen zusammen. Die Konferenz ist Teil eines internationalen Veranstaltungszyklus: Es gab bereits 2008 in Paris, 2010 in Barcelona sowie 2012 in Venedig und in Montreal Degrowth-Konferenzen.

Was war das Besondere an der Konferenz in Leipzig?

Besonders und für uns gleichzeitig selbstverständlich war, dass wir den Degrowth-Gedanken nicht nur inhaltlich, also theoretisch, sondern auch organisatorisch, das heißt praktisch, umgesetzt haben. Wir waren ein basisdemokratischer Orgakreis von 70 Personen, die über die ganze Bundesrepublik verteilt waren. Alle Stimmen hatten das gleiche Gewicht, strategische Entscheidungen wurden gemeinsam im Konsens gefällt. Wir haben uns zur Vorbereitung in nicht-kommerziellen Räumen (wie zum Beispiel Hausprojekten in Leipzig) getroffen. Uns war auch wichtig, dass Geld kein Grund ist, nicht zur Konferenz zu kommen. Daher konnten alle Teilnehmenden selbst bestimmen, welchen Konferenzbeitrag er oder sie zahlen möchte. Wir haben einen Rahmen von 15 bis 200 Euro vorgegeben und kamen am Ende sogar auf eine höhere Summe, als wir veranschlagt hatten.

Als Partner waren nur Organisationen zugelassen, die nicht in Verbindung mit fossilen und kapitalintensiven Produktionsmethoden stehen. Vor allem durften gewinnorientierte Unternehmen nicht dabei sein. Uns war wichtig, dass das Handeln von Partner- und Unterstützerorganisationen solidarischen, ökologischen und emanzipatorischen Zielen folgt.

Was waren die Ziele der Konferenz?

Das strategische Ziel war die Weiterentwicklung des Degrowth-Diskurses. Ansätze aus Forschung und Praxis sollten vorgestellt,

Foto: privat



Nina Treu arbeitet beim Konzeptwerk Neue Ökonomie in Leipzig. Anderthalb Jahre lang hat sie zusammen mit 70 Personen des „Orgakreises“ die Degrowth-Konferenz 2014 vorbereitet – eine bereichernde und prägende Erfahrung, wie sie selbst sagt: „Ich habe viel Zeit und Energie mit Absprachen verbracht, um die vielen Bedürfnisse und Vorschläge auszutarieren und konsensfähige Vorschläge vorzubereiten.“

der Austausch zwischen wissenschaftlichen, praktisch tätigen und aktivistischen Akteuren des Diskurses gefördert werden. Daher gab es auch Beiträge aus allen drei Bereichen sowie künstlerische Beiträge. Diese haben sich inhaltlich an drei Themensträngen orientiert: 1. Gesellschaft organisieren, 2. Sozial-ökologisch Wirtschaften, 3. Gemeinschaft leben. Außerdem standen die drei Konferenztage – nimmt man Eröffnungs- und Abschlussstag aus – jeweils unter einem Motto: „Den Krisen begegnen: Kritik und Widerstand“, „Bündnisse bilden“ und „Visionen und Strategien für die Transformation“.

Wichtig war uns dabei auch, Brücken zwischen den unterschiedlichen Akteuren innerhalb des Degrowth-Diskurses und zu verwandten Diskursen zu bauen. Wir wollten einen Dialog zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden zur Frage nach

Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen jenseits des Wachstums fördern. Ein besonderes Anliegen war für uns, die Degrowth-Bewegung innerhalb Deutschlands mit der des europäischen Raumes zu verbinden und diese zu stärken. Und es sollten Elemente des Degrowth-Diskurses oder, allgemeiner gesprochen, der Wachstumskritik in die breite Öffentlichkeit getragen werden.

Haben Sie Ihre Ziele erreicht?

Wir haben alle unsere großen Ziele erreicht. Die Degrowth-Konferenz 2014 hat zur Weiterentwicklung des Degrowth-Diskurses beigetragen. Das war vor allem über die Vielfalt an Formaten und damit Ausdifferenzierung der Diskussion möglich. Wir haben es geschafft, die Degrowth-Strömungen aus dem europäischen Süden mit der wachstumskritischen Debatte in Deutschland zusammenzubringen. Die Forschenden, Aktivistinnen und Praktiker aus dem europäischen Süden, die sich klar der Degrowth-Strömung zuordnen, haben sich stark auf der Konferenz eingebracht. Es gab außerdem eine breite Medienresonanz mit über 70 Beiträgen.

Vor Ort auf der Konferenz hatte man den Eindruck, dass es eigentlich nur noch um das „Wie“ geht und die Frage, ob Degrowth nötig und möglich ist, längst mit „Ja“ beantwortet ist. Stimmt das?

Das kommt natürlich auf die Perspektive an. Wir denken, dass die prinzipielle inhaltliche Frage, ob Degrowth notwendig ist, um die ökologische Katastrophe zu vermeiden und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, mit einem „Ja“ beantwortet werden muss. Wir brauchen daher viele gute Vorschläge, wie diese neue Gesellschaft und Wirtschaft jenseits des Wachstumsparadigmas umgesetzt werden kann – und genau darum ging es bei der Konferenz. Wir wollten konkrete Ansätze aufzeigen. Aber wir sind uns auch im Klaren darüber, dass die Mehrheit diese Frage noch nicht mit „Ja“ beantwortet und da noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden muss.

„Wichtig war uns, einen Dialog zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden zur Frage nach Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen jenseits des Wachstums zu fördern.“

Sind Folgeprojekte geplant?

Mit der Konferenz hat die wachstumskritische Debatte ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Weil sie so erfolgreich war, gibt es im Orgakreis, bei den Veranstaltern, Unterstützer- und Partnerorganisationen ein großes Interesse, gemeinsam weiter am Thema zu arbeiten. Wir werden die Degrowth-Webseite zu einem Informationsportal rund um Degrowth ausbauen und damit eine langfristige Anlaufstelle schaffen. Außerdem veranstalten wir im August eine Sommerschule zu Degrowth und Klimagerechtigkeit im rheinischen Braunkohlerevier, parallel zum Klimacamp und Massenaktionen dort. Damit wollen wir die Degrowth-Debatte stärker mit Kämpfen um globale Gerechtigkeit verbinden.

Auf der Konferenz waren auch Vertreterinnen und Vertreter aus dem globalen Süden. Ist Degrowth dort der geeignete Weg für den notwendigen gesellschaftlichen Wandel?

Diese Frage ist nicht so einfach zu beantworten. Es sollten nicht wir, sondern die Länder des globalen Südens für sich klären,

ob eine Abkehr vom Wachstumsparadigma auch für sie der geeignete Weg zu einer sozial- und umweltgerechten Gesellschaft ist. Wir müssten erstmal damit aufhören, unser Wohlstands- und Wachstumsmodell in alle Welt zu exportieren und so zu tun, als ob dies die Lösung aller Probleme sei. Degrowth im globalen Norden heißt vor allem, globale Gerechtigkeit zu ermöglichen. Nur wenn wir unseren Ressourcenverbrauch verringern und durch faire Handelsbedingungen weniger (oder keine) Ausbeutung in anderen Ländern verursachen, könnte der globale Süden die eigene Entwicklung freier gestalten. Das kann auch die Abkehr vom Wachstumsparadigma bedeuten und vielleicht sogar Wachstumsrücknahme in manchen Bereichen, zum Beispiel bei fossilen Energien, aber natürlich von einer ganz anderen materiellen Basis ausgehend als bei uns.

Haben die Vertreterinnen und Vertreter aus dem globalen Süden blinde Flecken in der deutschen beziehungsweise europäischen Degrowth-Debatte aufgezeigt?

Die Gäste aus dem globalen Süden haben auf jeden Fall deutlich gemacht, dass es für sie um Fragen globaler Gerechtigkeit geht und nicht nur um Entschleunigung und Stressreduktion oder Umweltschutz im Norden. Ich würde nicht sagen, dass das blinde Flecken der Degrowth-Debatte sind, denn darum dreht sich auch viel in der deutschen oder europäischen Debatte. Aber sie haben diesen Punkt sehr stark gemacht und auch praktisch und authentisch dargelegt – das hat mehr Legitimität und Überzeugungskraft, als wenn es nur von Personen mit einer Außenperspektive kommt. Die Degrowth-Debatte sollte die Verbindung zu Debatten und Perspektiven des globalen Südens auf jeden Fall aufrechterhalten.

Das Gespräch führte **Stefan Tuschen**.

Foto: Eva Mahnke (CC BY-SA)



Foto: danyonited | Klimagerechtigkeit Leipzig (CC BY-SA)

Die gräserne Abrisskugel, eine Attraktion der Degrowth-Konferenz in Leipzig, symbolisierte, dass das alte Wachstumsmodell weg muss (links). Wachstumskritik ganz praktisch: Die Konferenz endete mit einer Demonstration und einem Sit-In vor dem Braunkohlkraftwerk Lippendorf (oben).

Bewegungen für den Wandel

Zivilgesellschaftliche Initiativen an Postwachstums-Baustellen – in Deutschland, Europa und weltweit



Das **Netzwerk Wachstumswende** existiert seit 2010 als offenes interdisziplinäres Netzwerk für Forschende, Aktivistinnen und Aktivistinnen. Auf seiner Internetplattform heißt es: „Unbegrenztes Wachstum auf Kosten sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit ist eine endliche Geschichte. Deshalb ist eine Wachstumswende nötig, um anders zu wirtschaften, besser zu leben und weniger zu verbrauchen. Das Netzwerk (...) dient dazu, Menschen zusammenzubringen, die gemeinsam an Lösungen für eine Gesellschaft jenseits von Wachstumswängen arbeiten wollen.“ Ins Leben gerufen wurde das nicht-kommerzielle Projekt von dem gemeinnützigen Förderverein Wachstumswende e.V. Dieser gehörte 2014 zu den Organisatorinnen und Organisatoren der Degrowth-Konferenz in Leipzig. <https://wachstumswende.de>



Der 2013 ins Leben gerufene **Ökumenische Prozess „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“** geht zurück auf das Jahrbuch Gerechtigkeit V „Menschen – Klima – Zukunft? Wege zu einer gerechten Welt“. Er stützt sich auf mittlerweile 31 Träger aus dem kirchlichen Raum, die sich für eine zukunftsfähige, sozial- und klimagerechte Welt einsetzen. Mit Texten, Materialien und Veranstaltungen tragen sie zum gesellschaftlichen Wandel bei und regen umwelt- und sozialgerechtes Verhalten auf lokaler Ebene an. Außerdem ermutigt der Ökumenische Prozess Gemeinden sowie andere Gruppen und Organisationen, sich auf den Weg zu einer sozial- und klimagerechten Welt zu machen und sich dabei gegenseitig zu begleiten und zu unterstützen. www.umkehr-zum-leben.de



Das **Smart CSOs Lab** ist eine 2011 entstandene Initiative, die Personen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) zu einer „Community of Practice“ zusammenbringt, damit sie gemeinsam Kompetenzen und Strategien für transformativen Wandel entwickeln. Die gemeinsame Vision ist die Große Transformation zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft. Sie basiert auf dem Verständnis, dass globale Herausforderungen wie Klimawandel und steigende Ungleichheit nur nachhaltig gelöst werden können, wenn das dominante Wirtschaftswachstums-Paradigma überwunden und ein kultureller Wertewandel vollzogen wird – von Konsumdenken und Nationalismus hin zu Genügsamkeit und planetarischer Solidarität. Eine solche Transformation erfordert, viele der derzeitigen politischen, ökonomischen und kulturellen Institutionen neu zu erfinden oder fundamental zu verändern. CSOs spielen hier eine entscheidende Rolle. Um Wegbereiterinnen und Wegbereiter des Wandels zu inspirieren und zu befähigen, führt das Smart CSOs Lab 2015 unter anderem eine „Lernreise zur Großen Transformation“ durch. <http://smart-csos.org/berlin-lab>



Wegwerfen? Denkste! Das ist das Motto von **Repair Café** – einer Initiative, die auf die niederländische Umwelt- und Nachhaltigkeitsaktivistin Martine Postma zurückgeht. Sie organisierte 2009 das erste Repair Café in Amsterdam. Weil die Idee so gut ankam, gründete sie 2010 die Stiftung „Stichting Repair Café“. Diese unterstützt lokale Gruppen rund um die Welt bei der Eröffnung eigener Cafés. Bis heute gibt es etwa 700 in 15 Län-

dern – überwiegend in Westeuropa, darüber hinaus in Australien, Kanada, den USA und in Brasilien, allesamt Länder, in denen eine regelrechte Wegwerf-Kultur herrscht. Selbst Dinge, die nach einfachen Reparaturen wieder verwendet werden könnten, landen im Müll.

Das liegt auch daran, dass die meisten Menschen kaum Zeit haben, sich um kaputte Gegenstände und Geräte zu kümmern. Das Wissen, wie Dinge repariert werden können, geht zunehmend verloren. Zu den Repair Cafés bringen die Teilnehmenden defekte Gegenstände mit, um sie in Gemeinschaft oder unter Anleitung von Experten instand zu setzen. „Im Repair Café lernen Menschen, Gegenstände auf andere Weise wahrzunehmen. (...) Das ist dringend nötig, wenn Menschen für eine nachhaltige Gesellschaft eintreten sollen.“

<http://repaircafe.org/de>



Als Wiege der internationalen **Transition Town-Bewegung** gilt die britische Kleinstadt Totnes. Die Idee dazu stammt von

Rob Hopkins, Mitbegründer der Transition Town Totnes (2005) und der gemeinnützigen Organisation Transition Network (2007). Den Initiativen geht es darum, ein Bewusstsein für die mit dem Klimawandel und mit Peak Oil (dem globalen Ölfördermaximum) einhergehenden Gefahren zu schaffen und gleichzeitig lokale Lösungen für den Übergang in ein post-fossiles Zeitalter zu suchen. Der Ansatz hat inzwischen in mehr als 40 Ländern Anklang gefunden und folgt dem Motto „Einfach. Jetzt. Machen.“

Das haben sich auch Aktive aus den über 100 Transition-Initiativen im deutschsprachigen Raum gedacht und 2014 den Verein Transition Netzwerk e.V. gegründet. Dieser versteht sich als Dienstleister für das Transition Netzwerk Deutschland, Österreich, Schweiz. Laut Satzung will der Verein „die Komplexität und die weltweit zunehmende Verflechtung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Systeme bewusst machen und vor allem dem durch Ressourcenknappheit (...), Klimawandel und Wirtschaftskrisen notwendigen Wandel den Boden bereiten.“

www.transition-initiativen.de



Unter dem Pseudonym Les Convivialistes (Die Konvivialisten) haben rund 40 überwiegend frankophone Wissenschaftler und Intellektuelle 2013

„Das konvivialistische Manifest“ veröffentlicht. Während in Frankreich *convivialité* ein alltäglicher und sehr gebräuchlicher Begriff ist, hat in Deutschland erst in jüngerer Zeit das Wörtchen *konvivial* im Kontext der Degrowth-Debatte und der neuerlichen Rezeption des Werkes von Ivan Illich größere Aufmerksamkeit bekommen. Wie der Untertitel der deutschen Übersetzung des Manifestes treffend sagt,

geht es um nicht weniger als eine „neue Kunst des Zusammenlebens“. Angesichts der globalen Probleme wie Klimawandel, Armut und wachsender sozialer Ungleichheit muss die Weltgemeinschaft sich endlich als solche begreifen und das Zusammenleben verändern. Diese globale Perspektive steht dabei in keiner Weise im Widerspruch zu einer Relokalisierung gesellschaftlichen Handelns. Konvivialismus ist ein Versuch, den vielen verschiedenen Ansätzen und Bewegungen einen Namen zu geben, denen gemein ist, dass sie dem maßlosen Wachstum und Eigennutz etwas entgegensetzen.

www.diekonvivialisten.de

<http://lesconvivialistes.fr> | |

Anzeige

WELT-SICHTEN

MAGAZIN FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND ÖKUMENISCHE ZUSAMMENARBEIT

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 3-2015 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Georg Stoll und Stefan Tuschen (Misereor), Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Silke Jarick, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.: Dr. Bernd Bornhorst (Misereor)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:
pgz@misereor.de oder vertrieb@diakonie.de

FASTENBREVIER

7 IMPULSE FÜR 7 WOCHEN

EINFACH. BESSER. LEBEN. Skizzen eines guten Lebens

Was brauchen wir? Was macht das gute Leben aus?
Was heißt gutes Leben in Nord und Süd?

Das Fastenbrevier regt mit Texten, Bildern und Musik an,
neu zu denken: **www.fastenbrevier.de**

Das Fastenbrevier abonnieren Sie direkt unter
www.misereor.de/newsletter